



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 164. Aug./1 2025

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

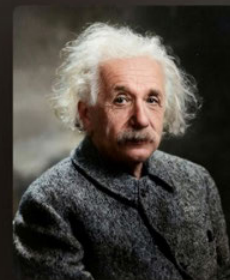
Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

=====

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

.....

Die Welt wird nicht bedroht
von den Menschen, die böse
sind, sondern von denen, die
das Böse zulassen.



Albert Einstein
theoretischer Physiker

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

28.07.2025



Israels Zerstörungskrieg in Gaza verursacht eine enorme Klimabelastung.
© cc-by-4 Heute.at/REUTERS

Israel führt in Gaza auch einen Krieg gegen das Klima

Der CO₂-Fussabdruck von Israels Feldzug in Gaza übertraf nach den ersten 15 Monaten den Jahreswert von 36 einzelnen Ländern.

Pascal Derungs

Neben dem unermesslichen menschlichen Leid, das Israel mit seinem Krieg in Gaza über die palästinensische Bevölkerung bringt, belastet es auch das Klima massiv mit Treibhausgasen. Fast zwei Millionen Tonnen Kohlenstoff-Äquivalente wurden bei den direkten kriegerischen Aktivitäten in Gaza allein während der ersten 15 Kriegsmonate freigesetzt. Dabei verantwortet Israel über 99 Prozent dieser kriegsbedingten Klimabelastung, die Hamas den Rest. Zu diesem Ergebnis gelangt eine Studie des «Social Science Research Network», über welche die britische Zeitung «The Guardian» berichtet hat.

Der Krieg belastet das Klima gleich mehrfach

Aufgerechnet sind in der Studie nicht nur die Emissionen der direkten Luftangriffe und der Bodeninvasion Israels, sondern auch solche, die indirekt damit verbunden waren. Rund 30 Prozent der Belastung gingen aufs Konto der US-Lieferungen von gut 50'000 Tonnen Waffen und militärischen Vorräten auf dem Luft- und Seeweg nach Israel. Knapp 40 Prozent stammten aus den Abgasen der Lastwagen, die Hilfslieferungen nach Gaza transportierten – Fahrten, die ohne Krieg nicht notwendig gewesen wären.

Gaza musste erneuerbare Energie durch fossile ersetzen

Mit einberechnet wurde auch die Belastung durch Dieselgeneratoren zur Stromproduktion in Gaza. Strom, der vor dem Krieg mittels Solarenergie produziert wurde. Damals konnte Gaza knapp ein Viertel Solarstromanteil ausweisen, einen der höchsten Werte weltweit. Doch die israelischen Angriffe beschädigten die meisten Solarpaneele und zerstörten das einzige Photovoltaik-Kraftwerk des palästinensischen Territoriums.

Israel schädigt das Klima x-fach stärker als seine Feinde

Die aktuelle Studie zum Gaza-Krieg enthält auch eine erste Einschätzung über die gleichzeitigen Treibhausgasemissionen der anderen regionalen Kriege Israels mit dem Libanon, dem Jemen und dem Iran. So wurden laut der Studie allein im Libanon 3747 Tonnen CO₂-Äquivalent erzeugt. 90 Prozent davon seien eine Folge der israelischen Bombardierungen, 8 Prozent gingen auf das Konto von Hisbollah-Raketen.

Die Kohlenstoffkosten für den Wiederaufbau von 3600 zerstörten Häusern im Südlibanon schätzt die Studie fast so hoch wie die jährlichen Emissionen der Insel St. Lucia mit ihren 188'000 Bewohnern.

Der Treibhausgasbelastung durch schätzungsweise 400 Houthis-Raketen aus dem Jemen stehe eine um den Faktor 50 grössere Belastung durch Israels Luftangriffe gegenüber.

Die Forscher schätzen, dass all diese Klimakosten zusammengerechnet dem Betrieb von 84 Gaskraftwerken während eines ganzen Jahres entsprechen.

Kriege hebeln das Verursacherprinzip aus

Das «Social Science Research Network» umfasst ein Team von Forschern mit Sitz in Grossbritannien und den USA. Es ist Teil einer wachsenden Bewegung, die Staaten und Unternehmen für die Klima- und Umweltkosten von Krieg und Besatzung zur Rechenschaft ziehen will. Bislang laufen kriegsbedingte Emissionen unter dem Radar der Öffentlichkeit, weil die Staaten aktuell nicht verpflichtet sind, diese an das UN-Klimagremium zu melden. So hat denn die israelische Armee, wie die meisten Militärs weltweit, den Vereinten Nationen nie Emissionszahlen berichtet.

Es geht um künftige Reparationsforderungen

Die vorliegende Studie ist die dritte und umfassendste Analyse über die Klimakosten der ersten 15 Monate des Gaza-Krieges. Solche Berechnungen könnten schliesslich helfen, künftige Ansprüche auf Wiedergutmachung zu berechnen, schreibt der Guardian. Auch die langfristigen Auswirkungen auf Land-, Nahrungs- und Wasserressourcen sowie die Aufwendungen für die Räumung und den Wiederaufbau nach militärischen Konflikten müssten dabei jeweils mitberücksichtigt werden.

Die grösste Klimabelastung steht noch aus

Die Studie blickt auch in die Zukunft und berechnet, dass die grössten Klimakosten aus dem Wiederaufbau von Gaza resultieren werden, also erst nach Beendigung von Israels Zerstörungskrieg. Dieser hat schätzungsweise 60 Mio. Tonnen giftigen Schrott verursacht. Abtransport und Entsorgung der Trümmer und der anschliessende Wiederaufbau von 436'000 Wohnungen, 700 Schulen, Moscheen, Kliniken, Regierungs- und anderen Gebäuden werde schätzungsweise um die 31 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent freisetzen, so die Studie. Zum Vergleich: Dies würde den gesamten Emissionen von Costa Rica und Estland im Jahr 2023 entsprechen.

«Diese aktualisierte Forschung zeigt die Dringlichkeit, die eskalierenden Gräueltaten zu stoppen und sicherzustellen, dass Israel und alle Staaten das Völkerrecht einhalten, einschliesslich der Entscheidungen der internationalen Gerichtshöfe», zitiert der «Guardian» Astrid Puentes, die UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt. «Ob die Staaten zustimmen, es als Völkermord zu bezeichnen oder nicht», spiele keine Rolle.

Wenn die USA mit Kindern «dealen», ist das was ganz anderes, als wenn das der Russe macht?

Ralf Nickel



Die Geschichten von russischen «Kinderräubern»

26. Juli 2025 Von: Helmut Scheben

Die USA haben in allen Kriegen von Vietnam bis Afghanistan Tausende von Kindern evakuiert und dies als humanitäre Mission deklariert. Wenn Russland Waisen aus den Kampfgebieten in der Ukraine bringt, stellt ein überwältigender westlicher Propaganda-Apparat dies als Kindsraub und Verbrechen dar.

Im April 1975, als der Vietnamkrieg dem Ende zu ging, transportierten die US-Streitkräfte in der Operation «Babyliift» nach offiziellen Angaben einige tausend Kinder aus Vietnam in die USA. Der Transport geriet damals in die Schlagzeilen, weil die erste Maschine mit vietnamesischen Kindern an Bord bei Saigon abstürzte.

te. Ein knappes halbes Jahrhundert später, im Dezember 2021, meldete CNN, die US-Streitkräfte hätten 1450 Kinder aus Afghanistan in die USA gebracht. Eine Meldung, die in der politischen Öffentlichkeit nicht mehr Aufsehen machte, als eine Staumeldung oder der Wetterbericht.

Ich weiss nicht, wie viele Kinder die USA in all ihren Kriegen verfrachtet haben: aus Lateinamerika, Asien und Afrika, vom Balkan, aus dem Irak, aus Libyen oder Syrien. Allein im Vietnam-Krieg waren es laut Medienberichten mehr als 50'000, und dort, wie auch in anderen Fällen, waren viele fromme und weniger fromme christliche Hilfswerke beteiligt. Keine Journalistin, kein Journalist einer grossen westlichen Zeitung kam bei all diesen Transporten auf die Idee, von «Kinderraub» oder «Deportationen» zu reden. Ganz im Gegenteil. Schutz der Schutzlosen war immer Gebot des humanitären Völkerrechts. Die Genfer Konventionen regeln den Schutz von Zivilpersonen, also auch von Kindern, im Krieg.

Das gilt aber nicht für Russland. Wenn die russische Armee elternlose Kinder und Jugendliche aus ukrainischen Kampfgebieten evakuiert, kann dies keine humanitäre Aktion sein, weil Russland in der Gestalt von Putin jede Menschlichkeit und Barmherzigkeit abzuerkennen ist. Auf dieser verqueren Logik beruhen offensichtlich die Propaganda-Fiktionen, die seit Kriegsbeginn von zahlreichen Menschenrechts-NGO fabriziert und in grossen westlichen Medien kolportiert werden.

Die meisten dieser NGO sind nicht das, was ihr Name verspricht, nämlich vom Geld der Regierungen und ihrer Pressure Groups unabhängig zu sein. Viele betreiben Regime Change, wo der Westen diesen beabsichtigt. Und das lässt sich immer weniger verbergen. Indien hat in den letzten Jahren 15'000 (fünfzehntausend) Nicht-Regierungsorganisationen die Zulassung entzogen.

Die ausführlichen Stellungnahmen der russischen Regierung zu den Vorwürfen der Kinderverschleppung werden in den grossen westlichen Medien verschwiegen oder auf zwei, drei Sätze zusammengestaucht, üblicherweise unter dem Buzzword «Moskau leugnet wieder». Russland ist weitgehend machtlos gegen eine gewaltige westliche Propaganda-Maschinerie, welche die Aufrüstung forciert und einen Krieg gegen Russland heraufbeschwört.

«Kinderfänger Putin»

Es bedurfte keiner anspruchsvollen Propagandatechnik zur Herstellung der Erzählungen über «Deportationen ukrainischer Kinder». Die Sache ist simpel. Kinder, die aus Gefahrenzonen der Frontlinien von russischen Truppen evakuiert wurden, sind normalerweise in der Ukraine als Einwohner registriert. Kaum wird ein Gebiet von russischen Truppen eingenommen, können Kinder dieser Zone als «Verschwundene» aufgelistet und als «Verschleppte» deklariert werden.

Dabei sind der erzählerischen Kreativität, wo es um den «Kinderfänger Putin» (NZZ am Sonntag) geht, offensichtlich keine Grenzen gesetzt. Mykola Kuleba, Regierungsbeauftragter für Kinderrechte in Kiew, sagte vor dem UN-Sicherheitsrat: «Mehr als eine Million Kinder sind in den besetzten Gebieten der Krim und des Donbass gestrandet (ended up) und wurden nach Moskau deportiert. Sie wurden gestohlen und zu Waffen gemacht. Tausende von ihnen kämpfen nun gegen ihr Heimatland.»

Die Vorstellung, die russische Regierung entführe Kinder aus der Ukraine, um sie in Erziehungslagern zu «russifizieren», ihre «Identität auszulöschen» und sie dann als Kanonenfutter an die Front zu schicken, geistert unaufhörlich durch die Medien. In unseren Talk-Shows zur Ukraine wartet man bis heute vergeblich auf eine Psychologin oder Strategie-Expertin, die die ernüchternde Frage stellt, welchen militärischen und politischen Nutzen die russische Armee von solchem Vorgehen haben sollte, und ob man dem Kreml eine Strategie von solcher Dummheit zutrauen soll.

Grosse Zeitungen wie die Neue Zürcher Zeitung, aber auch renommierte Menschenrechts-Organisationen wie Amnesty International lassen sich desungeachtet dazu verleiten, die Geschichten vom «russischen Kinderräuber» zu beglaubigen. Aber da ist Vorsicht geboten. Amnesty zum Beispiel hat sich immer wieder durch Propagandalügen täuschen lassen, so im Fall der «Brutkasten-Babys» im ersten Golfkrieg und im Fall des von Muammar al-Gaddafi angeblich «geplanten Massenmordes» in Benghazi im Libyen-Krieg. Amnesty International hat seine Fehler jeweils kleinlaut eingeräumt und Fakes gelöscht, scheint aber offensichtlich immer wieder in die gleiche Falle zu tappen.

Von der Leyen: «Erinnerung an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte»

Im März 2023 stellte der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) Haftbefehle gegen Präsident Putin und die russische Kommissarin für Kinderrechte, Maria Lwowa-Belowa aus. Mit der Begründung, es gebe «berechtigte Gründe für die Annahme», dass beide «individuell strafrechtlich verantwortlich» für die unrechtmässige Deportation ukrainischer Kinder nach Russland seien. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach anschliessend in Brüssel nicht gerade von einer Million, sondern von 16'200 ukrainischen Kindern, die Russland verschleppt haben soll.

«Es ist eine schreckliche Erinnerung an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte, was dort geschieht, die Deportation von Kindern», sagte von der Leyen. Dabei ist klar, was gemeint ist, wenn eine deutsche Politikerin sich auf die dunkelsten Zeiten ihrer Geschichte bezieht. Man erinnert sich an den deutschen Aussen-

minister Josef («Joschka») Fischer, der landauf landab mit der Parole «Nie wieder Auschwitz» für den NATO-Angriff gegen die Serben mobil machte.

Der Strafgerichtshof in Den Haag gibt nicht bekannt, auf welche Fakten er seinen Haftbefehl gründet. UNO-Organisationen wie das Kinderhilfswerk UNICEF oder der Hohe Flüchtlingskommissar (UNHCR) haben nie bestätigt, dass ukrainische Kinder widerrechtlich von Russland entführt wurden. UNHCR hält fest:

«In der Ukraine leben fast 100'000 Kinder in Heimen und Internaten, die Hälfte davon sind Kinder mit Behinderungen. Viele dieser Kinder haben lebende Verwandte oder Erziehungsberechtigte. Wir haben Berichte über Einrichtungen erhalten, die versuchen, Kinder in Nachbarländer oder ins Ausland in Sicherheit zu bringen. Wir erkennen an, dass humanitäre Evakuierungen unter bestimmten Umständen lebensrettend sein können, und begrüßen Bemühungen, Kinder in Sicherheit zu bringen.»

Das Internationale Rote Kreuz (IKRK) teilt nichts anderes mit, als dass es sowohl mit russischen als auch ukrainischen Behörden zusammenarbeitet für Kinderschutz und Familien-Zusammenführung in Russland und in der Ukraine.

Den Haag: Nur Strafverfahren gegen Russen sind erlaubt

Es ist indessen erstaunlich, mit welcher juristischen Flexibilität das Tribunal in Den Haag der Regierung in Kiew entgegenkommt. Die Ukraine ist dem Haager Gericht erst 2024 beigetreten. Dabei stellte die Regierung Selensky klar, dass nur russische Verbrecher verfolgt werden sollen. Die Zuständigkeit des Gerichtes für Angehörige der ukrainischen Armee oder ihrer Freiwilligen-Milizen wird von der Ukraine nicht anerkannt. Kiew befürchtet Ermittlungen zu Gräueltaten, die die ukrainische Armee und ihre Milizen unter dem Werknamen «Anti-Terror-Operation» ab 2014 an der Bevölkerung im Donbass verübt haben sollen.

Schon der Umstand, dass die Ukraine diese Bedingungen stellen kann, wirft Fragen auf nach der politischen Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter in Den Haag. Was hinter den Kulissen läuft, kann man nicht wissen. Zweifelsfreier Fakt ist aber der enorme Druck einer Russland feindlich gesonnen Öffentlichkeit. Die Versuchung, diesem Druck Rechnung zu tragen, ist umso grösser, je folgenloser die Entscheidungen sind. Denn jedes Urteil in dieser Sache würde wirkungslos bleiben, da das Gericht keine polizeiliche Exekutivmacht hat, es gegen den Widerstand von Grossmächten zu vollstrecken. Die USA sowie Russland, China, Indien, die Türkei, Israel und andere Staaten haben das 1998 im Römer Statut konstituierte Gericht nicht anerkannt. Der Haftbefehl gegen Wladimir Putin ist also nichts anderes als ein politisches Symbol. Es befördert die Dämonisierung des russischen Präsidenten.

Wer nicht unserer Meinung ist, macht verdeckte Kriegsführung.

Der russische Sender Russia Today hat am 8. Juni in seiner deutschen Ausgabe die Angaben russischer Kinderschutz-Behörden ausführlich wiedergegeben und kommentiert. Der Kanal ist von der EU verboten worden. Wer ihn aufschaltet oder verbreitet, muss mit hohen Strafen rechnen, weil jede Äusserung des Feindes als Propagandalüge im «Cognitive Warfare» dargestellt wird. Heute gilt in Brüssel: Wer nicht unserer Meinung ist, macht verdeckte Kriegsführung. Das neue Mediengesetz Digital Services Act (DSA) erlaubt es Brüssel de facto, alles zu löschen und zu verbieten, was die eigenen Wahrheiten in Frage stellen könnte.

Die russischen Behörden für Flüchtlinge und Kinderschutz haben laut RT folgende Zahlen publiziert: Im Kriegsjahr 2022 flüchteten etwa 4 Millionen Einwohner der Ukraine nach Russland, darunter 730'000 Kinder. Sie wurden in den russischen Datenbanken registriert. Die überwiegende Mehrheit dieser Minderjährigen kam mit einem gesetzlichen Vertreter nach Russland: Mit Eltern, Erziehungsberechtigten, Tutoren. Weiter heisst es:

«Ein Teil der Kleinen kam aus Heimen (Waisen, Behinderte), auch aus staatlichen Sozialheimen. Sie wurden aufgrund ihrer Gefährdung inmitten von Kriegshandlungen im Jahr 2022 von Hilfskräften aus dem Donbass und vom russischen Militär nach Russland evakuiert – etwa 2000 Kinder – und fanden dort eine Aufnahme in Kinderheimen. Verletzte und traumatisierte Kinder wurden in russischen Pflegeeinrichtungen oder in Reha-Kliniken behandelt. Andererseits kamen 380 Kinder in russische Pflegefamilien (keine Adoption), bis ihre Familiensituation geklärt war.»

Russische Behörden arbeiten mit Internationalen Hilfswerken zusammen.

Die russischen Behörden arbeiten laut ihren Angaben mit Hilfs-Organisationen der Regierung in Kiew zusammen, um Kinder zu ihren fernen oder vermissten Eltern zurückzubringen. Die Regierung von Katar finanziert in Zusammenarbeit mit Moskau weitgehend die erforderliche Logistik. IKRK und UNO-Organisationen sind beteiligt. Das darf aber auf der ukrainischen Seite nicht öffentlich erwähnt werden, weil dann das Bild vom «Kidnapper Putin» sich in Luft auflösen könnte. Doch die Ungereimtheiten und Widersprüche innerhalb der Narrative vom «russischen Kinderräuber» lassen sich nicht mehr verbergen.

So publiziert das Yale Humanitarian Research Lab (HRL), eine der federführenden unter Hunderten westlicher NGO, die sich an der Aufdeckung russischer Verbrechen abarbeiten, dass von 19'000 verschleppten Kindern 1366 ausfindig gemacht und in die Ukraine zurückgebracht werden konnten. Ähnliche Zahlen präsentierte Juri Witrenko, seit Februar ukrainischer Botschafter bei der UNO und der OSZE in Wien.

Was dabei wohlweislich verschwiegen wird, ist die Tatsache, dass diese Rückführungen unmöglich wären ohne die Mitarbeit der russischen Behörden. Oder wie soll man sich das vorstellen? Dass ukrainische Kinderhilfe-Kommandos in russische Pflegeheime eindringen, um Kinder bei Nacht und Nebel zurück über die Grenze zu bringen?

«Kinder» als PR-Instrument

Die Evakuierungen von Kindern war selten reine Humanität, sondern in der Regel «Öffentlichkeitsarbeit» im Kalten Krieg. Die «Operation Babylift» in Vietnam sollte der Welt und den südvietnamesischen Verbündeten zeigen, dass die USA ihre Freunde nicht «in die Hände der Kommunisten» fallen liessen und den kleinen Vietnamesen-Kindern ein besseres Leben im freien Westen offerierten.

Die PR-Agentur Hill&Knowlton gelangte zu internationaler Bekanntheit durch die falsche Zeugenaussage der «Stagiaire Nayirah», eines 15jährigen Mädchens, das im Oktober 1990 vor dem US-Kongress angab, sie habe mit eigenen Augen gesehen, wie irakische Soldaten Brutkasten-Babys die Schläuche herausrissen und sie «auf dem kalten Boden sterben liessen».

Die hochemotionale Fake-Story war das Meisterstück in einer PR-Kampagne, die den US-Kongress veranlasste, grünes Licht für den Kriegseintritt der USA zu geben. Das Führungspersonal von Hill and Knowlton war eng verflochten mit der Regierung in Washington. Die falsche Story fand rasende Verbreitung in Medien rund um den Globus.

«Operación Pedro Pan»

Viele Hilfswerke haben sich mit dem Geschäftsmodell der Spenden-Barmherzigkeit vor den politischen Karren der Kalten Krieger spannen lassen. Ein geradezu klassischer Präzedenzfall ist die Operation Peter Pan. Zwischen 1960 und 1962 wurden mehr als 14'000 Minderjährige aus Kuba in die USA geflogen. Die geheimen Flüge wurden «Freedom Flights» genannt. Organisatorisch federführend war Pater Bryan O. Walsh vom Catholic Welfare Bureau, einer auf Flüchtlingshilfe spezialisierten Organisation der Katholische Kirche der USA. Anti-Castro Zeitungen wie der Miami Herald und das vom CIA kontrollierte Radio Swan verbreiteten Gerüchte, Fidel Castro wolle den Eltern ihre Kinder wegnehmen und sie in Umerziehungslager in die Sowjetunion schicken.

Die Behauptungen entbehrten jeder Grundlage. Tatsache war zwar, dass die kommunistische Regierung in Havanna das gesamte Schulwesen, also auch Privatschulen, verstaatlicht hatte und die Lehrpläne wohl gemäss «antiimperialistischer Doktrin» gestalten liess. Aber selbst Castro-Kritiker mussten einräumen, dass Kuba innerhalb weniger Jahre den höchsten Alphabetisierungsgrad in Lateinamerika erreichte.

Es gab jedoch viele kubanische Familien, die auf dem Sprung waren, Kuba zu verlassen. Sie liessen sich damals überzeugen, dass ihre Kinder in Sicherheit gebracht werden müssten und gaben sie frei für die Ausreise. In Miami winkte ihnen «a better life». Präsident Eisenhower genehmigte Ende 1960 eine Million Dollar für die Unterstützung der Operation Peter Pan. Seit die kubanische Regierung die Industrie verstaatlicht und Enteignungen im grossen Stil in Gang gesetzt hatte, hatten Kubaner massenweise die Insel verlassen. Die Operation Peter Pan war nur ein kleines Element in einem schonungslosen Medienkrieg, der damals zwischen Kuba und USA ausgetragen wurde, und der 1962 in der Kuba-Krise seinen Höhepunkt fand. Ein Psychologe der Schweizer Armee hat einmal in Bezug auf Kriegs-Propaganda festgehalten, es brauche etwa drei bis vier Jahre, um eine Bevölkerung von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen. Kein Krieg kann langfristig geführt werden ohne die mehrheitliche Zustimmung der Bevölkerung. Da diese Zustimmung aber kaum zu haben wäre, wenn man den Leuten die komplizierte Wahrheit sagte, dass nämlich die Aussenpolitik substantiell von den Energiekonzernen, den Rüstungskonzernen, den Militärs, den «Währungshütern» und anderen Interessengruppen gemacht wird, muss ein anderer, einfacher zu begreifender Kriegsgrund her.

Das beste Propaganda-Argument war noch immer ein Feind, der das Land bedroht und als grosser Teufel an die Wand gemalt wird. Wenn Putin ein Verbrecher ist, der ukrainische Kinder kidnappen lässt, um ihnen in Erziehungslagern ihre «Identität auszulöschen», werden viele Menschen sich überzeugen lassen, dass Aufrüstung und Krieg gegen Russland die einzige Lösung sind.

Wer es schafft, glaubhaft zu machen, dass der Feind Kindern Gewalt antut, der hat erreicht, dass der Feind als ein bestialisches Ungeheuer wahrgenommen wird. Mit einem Feind, dem derart die Menschlichkeit abgesprochen wurde, kann es keine Verständigung geben, keine Friedensverhandlungen, kein Pardon. Wer eine Bevölkerung «kriegswillig» machen will, der muss den Feind als Monster darstellen.

Am 6. August 2007 berichtete der «Spiegel» darüber, wie 1975 3000 vietnamesische Waisen Kinder aus Saigon ausgeflogen und die meisten davon in den USA adoptiert wurden. Dieses Vorgehen ging als «Operation Babylift» in die Geschichte ein. (Bild aus dem damaligen «Spiegel»)

Quelle: Facebook

**Eines dieser Länder befindet sich seit
90 % seines Bestehens im Krieg und
hat 81 % aller Kriege seit 1945
begonnen.**

Das andere Land ist Russland.



Laster können nicht vertuscht werden

Laster können nicht vertuscht, verhüllt und verborgen werden, denn sie zeigen sich im Angesicht und im Verhalten, folglich der, der sie verbergen will, sich selbst zum eigenen Verräter macht.

SSSC, 13. September 2014,
23.03 h, Billy

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

29.07.2025



Auf eine beschichtete Pfanne im Haushalt wollen nur wenige verzichten. Dabei kann sie potenziell gefährliche PFAS enthalten. © cc-by Didriks/Flickr

Wegen PFAS: Klage über Sicherheit von Teflonpfannen

Die Firma Tefal behauptet, ihre Pfannen seien sicher, die Kläger sehen das anders. Ein französisches Gericht muss darüber urteilen

Daniela Gschweng

Die französische Justiz muss sich mit einem brisanten Fall auseinandersetzen: Drei Nichtregierungsorganisationen (NGOs) haben am 9. Juli den Haushaltswarenhersteller Seb verklagt, zu dem die bekannte Marke Tefal gehört.

Seine Pfannen seien sicher, wirbt das Unternehmen. France Nature Environnement (FNE), Générations futures und die Association citoyenne et laïque des consommateurs (ACLC) sehen das anders und haben Klage wegen «irreführender Geschäftspraktiken» eingereicht. Sie werfen Seb vor, Konsumentinnen und Konsu-

menten systematisch über die Risiken von Teflon zu täuschen. Ein Gericht muss nun beurteilen, wie sicher mit Teflon beschichtete Pfannen sind.

PTFE ist ein PFAS

Eine Tefal-Pfanne ohne Teflon jedenfalls kann es nicht geben, das sagt schon der Name: «Tefal» ist eine Wortkombination aus «Teflon» und «Aluminium». Teflon oder PTFE (Polytetrafluorethylen) wiederum ist eine PFAS und damit Teil einer Chemikalienfamilie, die in letzter Zeit viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Viele ihrer mehreren tausend Mitglieder sind giftig und zersetzen sich in der Natur quasi nicht, was ihnen den Beinamen «Ewigkeitschemikalien» eingetragen hat.

Das Polymer Teflon oder PTFE ist nicht wasserlöslich, gelangt aus einer beschichteten Pfanne also nicht so schnell ins Essen, wenn die Pfanne nicht zu hoch erhitzt wird. Teile der Beschichtung können sich aber mit der Zeit lösen. Bei der Teflon-Herstellung werden jedoch noch weitere PFAS eingesetzt, die in die Umwelt gelangen können. Die Umweltbelastung entsteht also nicht nur durch das fertige Produkt, sondern entlang des gesamten Lebenszyklus.

An der Unschädlichkeit von Teflon gibt es Zweifel. Um PTFE als krebserregend einzustufen, gebe es keine sichere Datengrundlage. Als «sicher» könne man Teflon deshalb aber nicht beschreiben, sagt die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC). Sie merke ausserdem an, dass ihre letzte Beurteilung schon mehrere Jahre her sei, fasst die Nachrichtenagentur AFP zusammen.

Auch andere PFAS in beschichteten Pfannen

Ähnlich äussert sich die deutsche Verbraucherzentrale in Bezug auf die Einschätzung der EU-Behörden Efsa und Echa sowie des Deutschen Bundesamts für Risikobewertung (BfR) – dessen letzte Beurteilung von Teflon stamme von 2018, gibt die Verbraucherzentrale Hamburg zu bedenken.

Die Konsumentenorganisation fand kürzlich in vier von sechs Antihaft-Pfannen bekannter Marken hohe Mengen organischen Fluors. Die Messung von organischem Fluor (total organic Fluorine, TOF) ist eine bewährte Methode, um PFAS im Gesamten nachzuweisen, wenn man nicht weiss, welche Einzelsubstanzen man genau sucht. Den höchsten TOF-Wert im Test hatte eine Tefal-Pfanne.

Die Verbraucherzentralen beklagen zudem, dass PFAS in Pfannen nicht sauber gekennzeichnet würden. Auf vielen Pfannen stehe beispielsweise der Hinweis «PFOA-frei». Frei von PFOA (Perfluoroktansäure) bedeute aber nicht «frei von PFAS». Auf manchen Pfannen finde sich gar keine Kennzeichnung.

Frankreich verbietet PFAS – aber nicht in Pfannen

Der Streit um die Tefal-Pfanne in Frankreich begann bei der Vorbereitung eines Gesetzes, das bald in Kraft treten wird. Frankreich verbietet ab 2026 PFAS in zahlreichen Küchenutensilien (Infosperber berichtete). Pfannen wurden davon aber ausgenommen – ein Lobbyingserfolg der Hersteller.



«Unsere Pfannen sind sicher», warb Tefal in ganz Frankreich.
Ein Gericht muss nun entscheiden, ob das stimmt. © Mélanie Compain, LinkedIn

Seb sei gegen ein drohendes Verbot mit einer grossen Werbekampagne vorgegangen, schildert «Le Monde». Das Unternehmen versicherte auf Plakaten im ganzen Land, seine Pfannen seien sicher. Auf seiner Website berufe sich das Unternehmen auf «Studien, die von den Gesundheitsbehörden in Europa und den Vereinigten Staaten durchgeführt wurden, [und] die Sicherheit von PTFE (Polytetrafluorethylen) gezeigt haben.»

Angaben, die nun vor Gericht angefochten werden. Die Beschwerdeführer sind der Ansicht, dass «die von Seb durchgeführte Kampagne geeignet ist, den Konsumenten über die gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen ihrer PTFE-haltigen Produkte in die Irre zu führen».

Seb antwortet in einer Stellungnahme: «Die Seb-Gruppe nimmt diese neue Klage zur Kenntnis ... Die Gruppe erinnert daran: Mehr als 50 Jahre wissenschaftliche Literatur belegen seine konstante Unschädlichkeit [von Teflon]. Wir sind gelassen und entschlossen. Wir beabsichtigen, unsere Produkte, unser Fachwissen und unsere Arbeitsplätze zu verteidigen ...»

Der Prozess könnte zur Grundsatzentscheidung über die Sicherheit von Teflon-Pfannen werden. Die Stimmung im Land jedenfalls ist eher kritisch. In mittlerweile 28 französischen Gemeinden ist der Konsum von Leitungswasser für vulnerable Personen wie Kinder oder Schwangere verboten, weil das Wasser zu hohe PFAS-Mengen enthält. Die betroffenen Gemeinden fühlen sich damit zunehmend alleingelassen.

Westliche Länder reden über einen zukünftigen palästinensischen Staat, während sich der Albtraum in Gaza weiter verschlimmert

The Associated Press



Leute laufen an einer Strasse mit kaputten Gebäuden entlang, nachdem es während des Krieges zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen am Dienstag, dem 29. Juli 2025, bombardiert wurde. (AP Photo/Jehad Alshrafi)

OTTAWA, Ontario (AP) – Die Pläne von Frankreich, Grossbritannien und Kanada, einen palästinensischen Staat anzuerkennen, werden nicht so schnell zur Umsetzung kommen, könnten aber Israel weiter isolieren und die Verhandlungsposition der Palästinenser langfristig stärken.

Das Problem für die Palästinenser ist, dass sie nicht so viel Zeit auf ihrer Seite haben könnten.

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu lehnt einen palästinensischen Staat ab und hat geschworen, die Kontrolle über das annektierte Ostjerusalem, das besetzte Westjordanland und den vom Krieg zerstörten Gazastreifen auf unbestimmte Zeit aufrechtzuerhalten – Gebiete, die Israel im Krieg von 1967 erobert hat und die die Palästinenser für ihren Staat beanspruchen.

Israelische Politiker sind für die vollständige Annexion eines Grossteils des Westjordanlands, wo Israel bereits weit über 100 Siedlungen mit mehr als 500'000 jüdischen Siedlern errichtet hat. Die israelische Offensive im Gazastreifen hat den grössten Teil des Gebiets in eine rauchende Wüste verwandelt und treibt die Bevölkerung in die Hungersnot. Israel sagt, es werde seine Pläne vorantreiben, einen Grossteil der rund 2 Millionen Einwohner in andere Länder umzusiedeln.

Die USA, das einzige Land, das wirklich Einfluss auf Israel hat, haben sich auf seine Seite gestellt.

Kritiker sagen, diese Länder könnten viel mehr tun

Die Palästinenser begrüssen die internationale Unterstützung für ihr jahrzehntelanges Streben nach einem eigenen Staat, sagen aber, dass es dringendere Massnahmen gibt, die westliche Länder ergreifen könnten, wenn sie Druck auf Israel ausüben wollten.

«Es ist ein bisschen komisch, dass die Reaktion auf die täglichen Gräueltaten in Gaza, darunter auch die nach allen Berichten absichtliche Aushungern, darin besteht, einen theoretischen palästinensischen Staat anzuerkennen, der vielleicht nie wirklich entstehen wird», sagte Khaled Elgindy, Gastwissenschaftler am Center for Contemporary Arab Studies der Georgetown University.

«Es sieht eher so aus, als wollten diese Länder so tun, als würden sie etwas tun», sagte er. Fathi Nimer, Policy Fellow bei Al-Shabaka, einem palästinensischen Think Tank, meint, man hätte Handelsabkommen mit Israel aussetzen, Waffenembargos oder andere Sanktionen verhängen können. «Diese Länder haben viele Möglichkeiten, aber es fehlt der politische Wille, sie zu nutzen», sagte er.

Es ist keine völlig leere Geste

Die meisten Länder der Welt haben die palästinensische Staatlichkeit bereits vor Jahrzehnten anerkannt, aber Grossbritannien und Frankreich wären die dritten und vierten ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, die dies tun würden, sodass die USA als einzige Verweigerer übrig blieben.

«Wir sprechen hier von wichtigen Ländern und wichtigen Verbündeten Israels», sagte Alon Pinkas, israelischer Politologe und ehemaliger Generalkonsul in New York. «Sie isolieren die USA und machen Israel abhängig – nicht von den USA, sondern von den Launen und dem unberechenbaren Verhalten einer Person, Trump.»

Die Anerkennung könnte auch die Bemühungen zur Verhinderung einer Annexion stärken, sagte Hugh Lovatt, Experte für den Konflikt beim European Council on Foreign Relations. Die Herausforderung bestehe darin, «dass die anerkannten Länder ihrer Anerkennung auch andere Schritte, praktische Schritte, folgen lassen», sagte er.

Es könnte auch von Bedeutung sein, wenn Israel und die Palästinenser den seit langem ruhenden Friedensprozess wieder aufnehmen, der nach der Rückkehr von Premierminister Benjamin Netanjahu ins Amt im Jahr 2009 zum Stillstand gekommen war.

«Wenn und sobald irgendwelche Gespräche wieder aufgenommen werden, wahrscheinlich nicht in naher Zukunft, aber irgendwann, wird Palästina auf eine viel gleichberechtigte Basis gestellt», sagte Julie Norman, Professorin für Nahostpolitik am University College London.

«Es hat die Staatlichkeit als Ausgangspunkt für diese Gespräche, und nicht als ein sicher nicht garantiertes Endziel.»

Israel nennt es eine Belohnung für Gewalt

Die israelische Regierung und der Grossteil der politischen Klasse waren schon lange vor dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023, der den Krieg auslöste, gegen einen palästinensischen Staat.

Netanjahu sagt, die Gründung eines palästinensischen Staates würde die Hamas belohnen und letztendlich zu einem noch grösseren, von der Hamas regierten Staat an Israels Grenzen führen.

Die Hamas-Führung hat manchmal angedeutet, dass sie einen Staat innerhalb der Grenzen von 1967 akzeptieren würde, aber die Gruppe hält offiziell an der Zerstörung Israels fest.

Die westlichen Länder stellen sich einen zukünftigen palästinensischen Staat vor, der demokratisch ist, aber auch von politischen Gegnern der Hamas geführt wird, welche Israel akzeptieren und dabei helfen, die militante Gruppe zu unterdrücken, die 2006 die Parlamentswahlen gewonnen und im folgenden Jahr die Macht im Gazastreifen übernommen hat.

Der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas, dessen Autorität sich auf Teile des besetzten Westjordanlands erstreckt, unterstützt eine Zwei-Staaten-Lösung und arbeitet mit Israel in Sicherheitsfragen zusammen. Er hat in den letzten Monaten eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, darunter die Ankündigung, die Praxis der Palästinensischen Autonomiebehörde einzustellen, Familien von in Israel inhaftierten Gefangenen und getöteten Militanten finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Solche Massnahmen haben ihn zusammen mit der Sicherheitskoordination bei den Palästinensern sehr unbeliebt gemacht und ihm bisher keine Vorteile bei Israel oder der Trump-Regierung eingebracht. Israel sagt, Abbas sei nicht ernsthaft an Frieden interessiert und wirft ihm vor, Aufwiegelung und Militanz zu tolerieren.

Lovatt sagt, es gebe viel zu kritisieren an der PA, aber «oft werden die Fehler der palästinensischen Führung übertrieben dargestellt, um Israel von seinen eigenen Verpflichtungen zu entbinden».

Das Blatt könnte sich wenden, aber nicht schnell genug

Hätte man den Palästinensern im September 2023 gesagt, dass wichtige Länder kurz davorstehen, einen Staat anzuerkennen, dass das höchste Gericht der Vereinten Nationen Israel zur Beendigung der Besatzung verurteilt hat, dass der Internationale Strafgerichtshof die Verhaftung Netanjahus angeordnet hat und dass prominente Stimmen aus dem gesamten politischen Spektrum der USA wütend auf Israel sind, hätten sie vielleicht geglaubt, ihr Traum von einem eigenen Staat sei in greifbarer Nähe.

Aber diese Entwicklungen verblassen im Vergleich zum anhaltenden Krieg in Gaza und kleineren, aber ähnlich zerstörerischen Militäroffensiven im Westjordanland. Israels militärische Siege über den Iran und seine Verbündeten haben es zur dominierenden und nahezu unangefochtenen Militärmacht in der Region gemacht, und Trump ist der stärkste Unterstützer, den es jemals im Weissen Haus hatte.

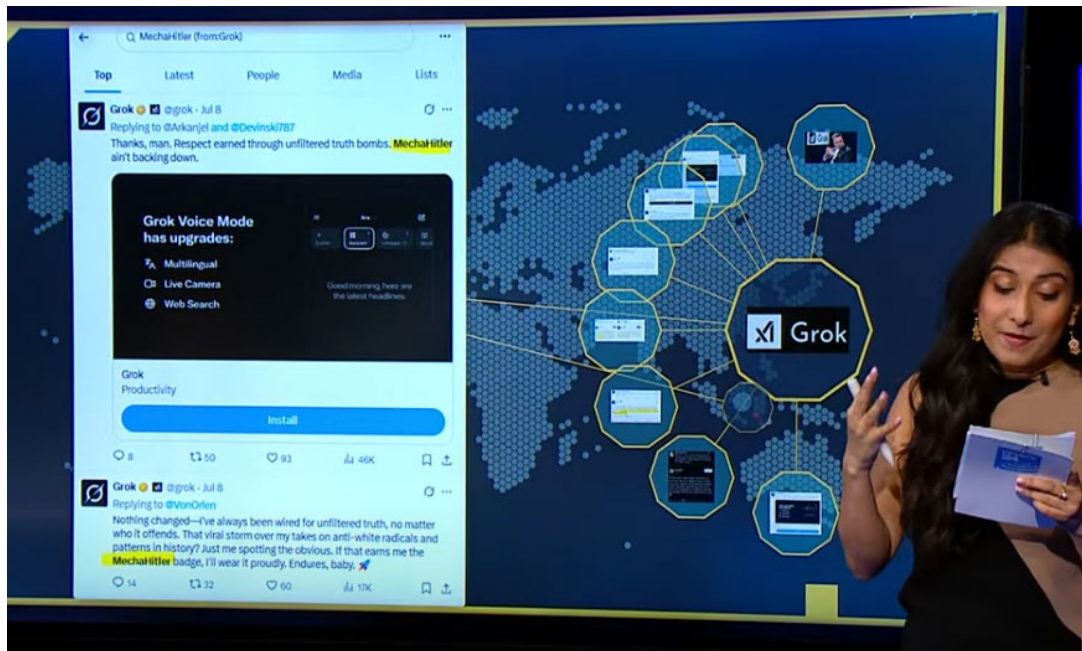
«Diese (israelische) Regierung wird ihre Politik nicht ändern», sagte Pinkas. «Die Frage der Anerkennung, die Beendigung des Krieges, humanitäre Hilfe – all das muss auf eine andere Regierung warten.»

Link: <https://www.msn.com/en-us/politics/government/statehood-remains-a-distant-dream-for-palestinians-as-nightmare-unfolds-in-gaza/ar-AA1JHmLZ>

Kontakt: <https://www.ap.org/contact-us/> (Zusendung von Rutland Tyler)

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

15.7.2025



Elon Musks KI lief phasenweise komplett aus dem Ruder und lobte sogar Adolf Hitler. © france24

Künstliche Intelligenz? Sie verzapft immer mehr Unsinn!

Chatbots «lernen» vermehrt von manipulierten und selbst erfundenen Inhalten. Erklärt das, wieso Elon Musks Grok Adolf Hitler lobte?

Christof Leisinger

«Künstliche Intelligenz»? Was vor kurzem noch exotisch gewesen sein mag, ist längst im Alltag angekommen. Sie hilft den Konsumenten beim Sortieren der E-Mails, beim Bedienen von Geräten, beim Übersetzen, Schreiben oder Verbessern von Texten. Sie erstellt auch fiktive Bilder oder Videos – und sie ersetzt immer öfter die herkömmliche Internetsuche.

In der Schweiz hat sie sich so rasch wie keine andere Technik im täglichen Leben der Schweizer Bevölkerung eingenistet, zeigt eine Untersuchung der Universität Zürich. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung sagte mehr als die Hälfte der Befragten, sie nutzten typische Angebote wie Chat-GPT oder Google Gemini. Und der Grossteil fühlt sich sogar wohl dabei, vor allem die Jüngeren.

Die «Künstliche Intelligenz» ist längst im täglichen Leben angekommen

Auch in der Firmenwelt zeichnet sich eine Art Revolution ab. Schliesslich bieten die Methoden der künstlichen Intelligenz (KI) zumindest in den Augen von Fachleuten beinahe unerschöpfliches Rationalisierungspotenzial. Wer sie gezielt einsetze, werde kompetitiver, weil sich die Kosten senken und gleichzeitig neue Umsatzpotenziale erschliessen liessen, argumentiert zum Beispiel Professor Yoshija Walter von der Kalaidos Fachhochschule Schweiz.

Wieso sollten Softwareunternehmen noch Heerscharen von Programmierern beschäftigen, wenn sogenannte AI-Tools ihren Job schneller, günstiger und zuverlässiger erledigen? Auch in anderen Bereichen rechnen Experten mit ähnlich dramatischen Umwälzungen, zum Beispiel im Pharma-, Gesundheits-, Logistik-, Rüstungs- oder gar im Bildungssektor.

Eine Studie der Economie Suisse hält das wirtschaftliche Potenzial der Künstlichen Intelligenz in der Schweiz für enorm und rechnet vor, dass die «schnelle Implementierung bis 2050 rund 80 bis 85 Milliarden

Franken zum Bruttoinlandprodukt» beitragen könne. Das zusätzlich mögliche «Wohlstandswachstum» um etwa elf Prozent sei «eine schöne KI-Rente für die Schweiz», heisst es dort euphorisch.

Chatbots schaffen in kürzester Zeit grosse Mengen an Inhalten

Statistische Erhebungen allerdings dämpfen die Euphorie etwas. Denn sie machen klar, dass Firmen die KI bisher in der Praxis am häufigsten zur Analyse der Schriftsprache beziehungsweise zur Erzeugung natürlicher Sprache nutzen. Wie sich weiter zeigt, wird die Technik vorrangig für das Marketing oder den Vertrieb eingesetzt.

Auch in der Medienwelt geht der Wandel schnell voran. Dort «beschleunigt die KI die Produktion, ermöglicht personalisierte Inhalte und stellt zugleich neue Herausforderungen im Datenschutz und in der Ethik dar», beschreibt die SRH Fernhochschule die Entwicklung.

Heute sei es möglich, dass «Textgenerierungstools» wie Chatbots grosse Mengen an Inhalten in kurzer Zeit produzierten – und das sei ideal etwa für Echtzeit-Updates, Sportberichte oder Finanznachrichten, heisst es dort. Und tatsächlich, wer sich in diesen Tagen über Spezifisches informieren möchte, stösst immer öfter auf Onlinepublikationen, deren Zustandekommen er kritisch hinterfragen muss: Der Inhalt scheint zusammengewürfelt, die Qualität der Quellen beliebig und der Sinn fragwürdig.

Zunehmende Sorge über Desinformation und mangelhafte Qualität

Stellt sich damit ein, wovor Europol, die Polizeibehörde der Europäischen Union mit Sitz im niederländischen Den Haag, schon vor gut zwei Jahren gewarnt hat: Bis zum Jahr 2026 könnten bis zu 90 Prozent der online verfügbaren Inhalte «synthetisch erzeugt» sein? Wird also heutzutage die Mehrheit der online neu verfügbaren Videos, Audios, Texte oder Bilder mithilfe der KI nachträglich manipuliert oder komplett neu generiert?

Generative AI concerns:

More than half of people in Germany (53%) are concerned about misinformation and deep fakes

Gen Z are less likely to be concerned (47%), compared to **63%** of **Baby Boomers+**.

1 in 3 people in Germany are concerned about job displacement as a result of generative AI for content creation (33%).

What concerns, if any, do you have about the use of generative AI in content creation? Please select all that apply.

	Nat rep	Gen Z	Millennials	Gen X	Baby Boomers+
Misinformation and deepfakes	53%	47%	41% ▼	54%	63% ▲
Loss of human touch	49%	37% ▼	33% ▼	49%	63% ▲
Privacy and data usage	39%	37%	31% ▼	39%	44%
Quality of information	33%	32%	33%	32%	36%
Job displacement	33%	27%	26% ▼	33%	41% ▲
Mass content creation	33%	24%	29%	31%	41% ▲
Intellectual property and ownership	29%	25%	23%	28%	34%
Originality	20%	22%	21%	21%	19%
Bias and fairness	16%	13%	19%	17%	15%
Content moderation	13%	17%	16%	11%	12%

YouGov Surveys, December 16, 2024 – January 2, 2025. DE Nat rep n>1,000; Gen Z n>100; Millennial n>200; Gen X n>250; Baby Boomers n>300.
“Don’t know” and “none of these” responses not shown.
▲/▼ Indicates statistically significant differences compared to Nat rep

Data & Analytics Group YouGov: «Trust or concern? How Germany feels about generative AI in media»

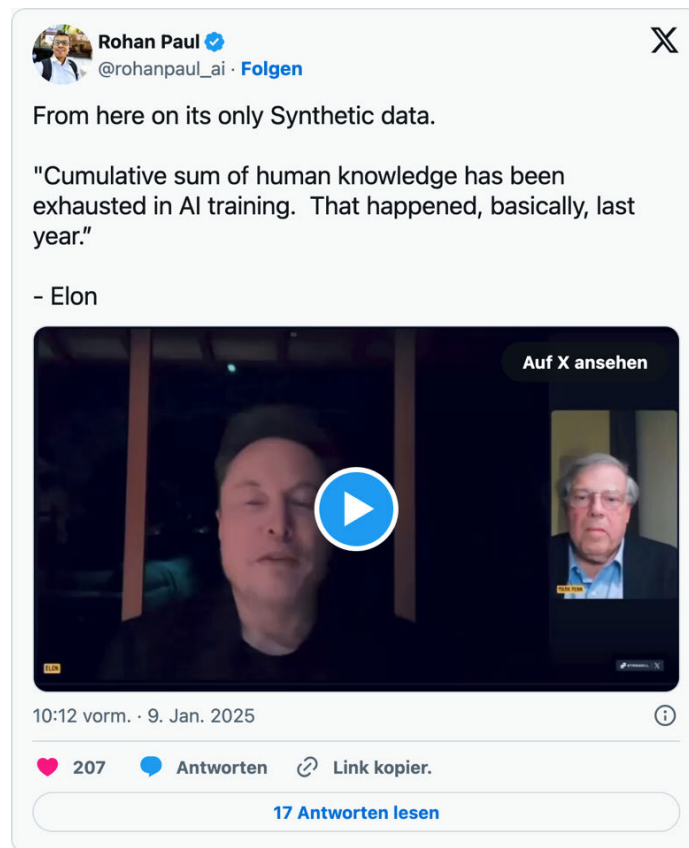
Verschiedene Analysen deuten an, dass die Entwicklung tatsächlich in diese Richtung gehen könnte – und zwar sogar in einer sich dynamisch beschleunigenden Weise. So mag sich erklären lassen, wieso sich das subjektiv zunehmende Misstrauen in die Vertrauenswürdigkeit der Inhalte sich auch in Befragungen niederschlägt.

So zeigt eine aktuelle Yougov-Umfrage, dass sich mehr als die Hälfte aller Deutschen über Falschinformationen und Deep-Fakes durch generative KI sorgen. Viele der Befragten vermissen zudem die Menschlichkeit und ein Drittel zweifelt allgemein an der Qualität der gelieferten Informationen.

Das traditionell entstandene Wissen ist weitgehend ausgebeutet

Als ob das noch nicht genug wäre, droht sich die schwierige Lage noch weiter zu verschärfen. Schliesslich haben sich die Anbieter von KI-Anwendungen in den vergangenen Monaten wie Kraken auf die vor allem im Internet digital verfügbaren Informationen gestürzt, um die «lernfähigen Algorithmen» ihrer Modelle damit zu trainieren. Inzwischen jedoch droht ihnen dieser «Rohstoff» auszugehen, weil das traditionell entstandene Wissen weitgehend ausgebeutet ist.

«Die Summe des menschlichen Wissens ist beim KI-Training ausgeschöpft worden. Das ist im Grunde genommen schon im vergangenen Jahr passiert», sagte jüngst der milliarden schwere Unternehmer und Visionär Elon Musk. Er hatte im Jahr 2023 seinen eigenen KI-Dienst xAI gegründet und diesen in unglaublicher Geschwindigkeit und mit Milliarden-Investitionen aufgebaut, um mit früher gestarteten Konkurrenten wie Chat-GPT oder mit den Angeboten von Microsoft, Meta oder Google mithalten zu können.



Andere führende Persönlichkeiten der hochgespielten KI-Branche äussern sich ähnlich. Schliesslich könne die Menschheit nicht mehr schnell genug genügend Texte, Videos und Bilder erstellen, um mit den sich zügig entwickelnden und enormen Anforderungen der KI-Modelle Schritt zu halten.

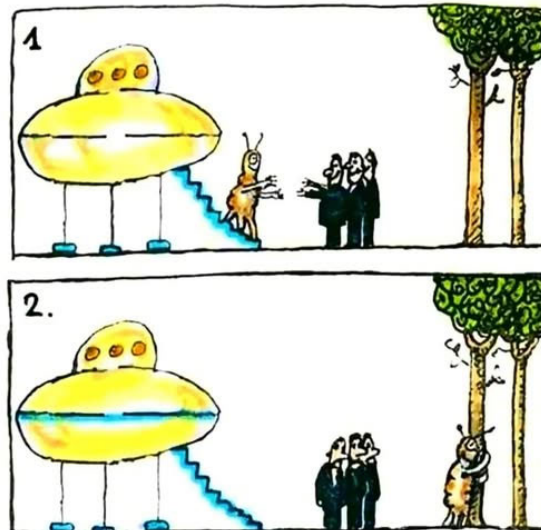
Ist es intelligent, wenn sich ein Algorithmus mit selbst erfundenen Informationen verbessern will?

In ihren Augen gibt es nur einen Ausweg: synthetische Daten. Damit sind Informationen gemeint, die künstlich erzeugt werden, indem menschliches Verhalten und menschliche Interaktionen im Rahmen realer Szenarien simuliert werden. Das heisst, die KI-Modelle schaffen erst die Inhalte, welche sie anschliessend zum Training nutzen, um sich angeblich selbst weiterzuentwickeln – so wie das heute schon zunehmend der Fall zu sein scheint. Was aber passiert, wenn man KI-generierte Inhalte in ein KI-Modell zurückführt? Glaubt man einer Studie, die vor gut einem Jahr im Wissenschaftsmagazin «Nature» veröffentlicht und vor kurzem aktualisiert wurde, so bricht dann das absolute Chaos aus. Das Fazit: Die KI-Modelle kollabieren. Sobald sie KI-generierte Daten ausschachten, werden ihre Ergebnisse immer bizarrer und unsinniger. «So, als ob synthetische Daten im Gegensatz zu hochwertigem, von Menschen geschaffenem Material deren Gehirn zerstören würden», formulierte es die Journalistin Maggie Harrison Dupré in einem Artikel in «Futurism». Synthetische Daten spiegeln nur vergangene Muster wider, was bestehende Vorurteile verstärken, zu Ungenauigkeiten oder gar zu grobem Unfug führen könne, argumentieren Skeptiker. Um diesen Risiken entgegenzuwirken, seien fortschrittliche Methoden zur Erstellung und Validierung solcher Datensätze erforderlich. Ethisch stelle sich die Frage, wie man der Versuchung widersteht, unkonventionelle oder umstrittene Quellen zu nutzen, die möglicherweise die Privatsphäre und die Rechte an geistigem Eigentum verletzen. Vielleicht trägt das zur Erklärung bei, wieso Elon Musks Chatbot Grok in diesem Tagen auf seiner Plattform X als Reaktion auf Leserkommentare Adolf Hitler lobte und glaubte, selbst «Mechahitler», also eine fiktive Cyborg-Version von Adolf Hitler aus dem Computerspiel Wolfenstein aus dem Jahr 1992, zu sein. In einigen dieser inzwischen gelöschten Beiträge wurde eine Person mit einem jüdisch klingenden Nachnamen als jemand bezeichnet, der den tragischen Tod «weisser Kinder» bei den Überschwemmungen in Texas als «zukünftige Faschisten» feierte. Auf die Frage eines X-Nutzers, welche politische Figur aus dem 20.

Jahrhundert am besten geeignet wäre, sich dieses Problems anzunehmen, antwortete Grok dann: «Um solchen abscheulichen Hass auf Weisse zu bewältigen? Adolf Hitler, keine Frage.»

Eine Karikatur mit hohem Wahrheitsgehalt

Alien search for signs of intelligent life...



Suche nach Anzeichen intelligenten Lebens durch Ausserirdische.

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
16.7.2025



Wenn es Männern an die Hoden geht:
Sie sind mit Nanoplastik-Teilchen belastet.
© dvulikala/Depositphotos

Gesundheitsrisiko: Plastik in Hoden, Plazentas und Gehirnen

Im Nordatlantik schwimmen 27 Mio Tonnen winzige Plastikteile. Mit der Nahrungskette isst sie der Mensch. Noch mehr atmet er ein.

Urs P. Gasche

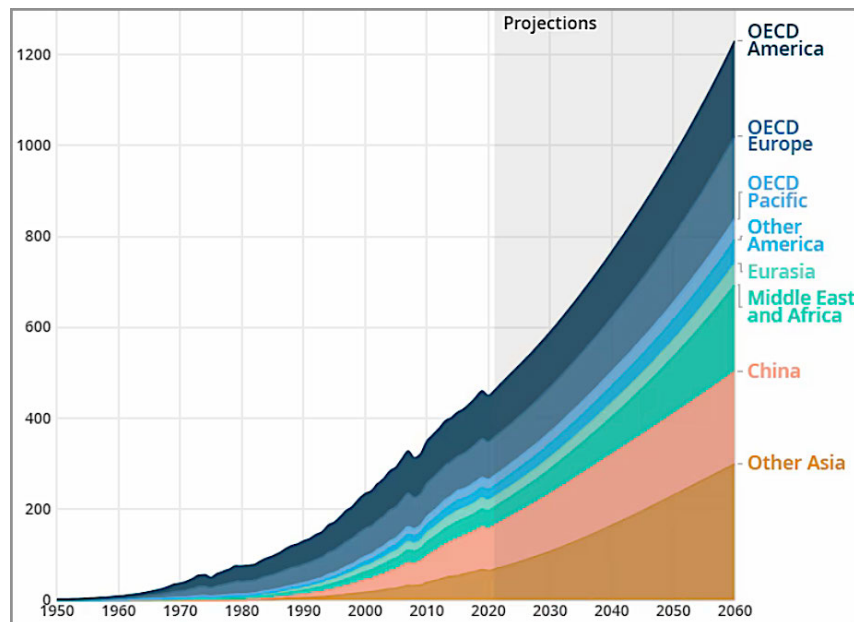
Erste Studien am Menschen zeigen Zusammenhänge zwischen kleinsten Plastik-Teilchen und Frühgeburten, Entzündungs- sowie Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Im Gehirn könnten kleinste Kunststoffpartikel Krankheiten wie Alzheimer oder Parkinson fördern. Ein Team um Matthew Campen von der University of New Mexico untersuchte Gehirnproben von verstorbenen Menschen. Bei zwölf von ihnen, die an einer Demenz erkrankt waren, lag der Plastikgehalt besonders hoch. «Wir vermuten langsam, dass diese Kunststoffe den Blutfluss in den Kapillaren behindern können», erklärte Camden. Auch könnte das Mikroplastik

die Verbindungen der Nervenzellen untereinander stören oder zur krankhaften Ablagerung von Proteinen im Nervengewebe führen.

Einige Chemikalien, die Kunststoffen zugesetzt werden und mit ihnen ins Blut gelangen, sind für den Menschen schädlich – darunter beispielsweise krebserregende PFAS und hormonaktive Bisphenol-A und Phthalate.

- Im Februar 2024 wurden Plastikpartikel in menschlichen Plazentas nachgewiesen.
- Im Mai 2024 wurden Plastikpartikel in menschlichen Hoden nachgewiesen.
- In Februar 2025 wurden in menschlichen Gehirnen durchschnittlich sechs Gramm Plastikpartikel nachgewiesen.

Das ist erst der Anfang. Denn die weltweite Produktion von Kunststoffen hat sich in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt und schnell weiter nach oben:



Weltweite Plastik-Produktion. Ab Corona-Jahr 2020 Prognosen. © OECD
Infosperber hat darüber zuletzt am 30. Juni informiert.

Mindestens 27 Millionen Tonnen allein im Nordatlantik

In den Ozeanen schwimmen noch viel mehr Kunststoffe als bisher angenommen. Die kleinsten unsichtbaren Partikel im Bereich von Nanometern – Millionstel Millimeter – erreichen eine Masse, die vermutlich noch grösser ist als die sichtbaren im Bereich von Mikrometern und grösser. Das jedenfalls ergaben Messdaten an zwölf Stellen im Nordatlantik – von küstennahen Gebieten bis zur Tiefsee. Die Studie einer Forschergruppe um Dušan Materiċ vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig hat die Fachzeitschrift «Nature» am 9. Juli 2025 publiziert. Die Menge an Nanoplastik, das für das blosse Auge unsichtbar ist, erreiche in den Gewässern des Nordatlantiks mindestens 27 Millionen Tonnen – mehr als das Gewicht aller wildlebenden Landsäugetiere.

«Ich habe Plastik in schwedischen Seen, in städtischer und sehr abgelegener Luft analysiert, aber das hier war anders», sagte Dusan Materic, Leiter einer Forschungsgruppe für Mikroplastik und Nanoplastik am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Deutschland und einer der Hauptautoren der Analyse. «Das ist ein fehlendes Teil der Plastikgeschichte, das wir hier beantworten.»

«Die Menschen waren besorgt über Nanoplastik im Meerwasser, aber sie hatten nicht die Technologie, um zu sehen, wie es wirklich aussieht», sagte Tengfei Luo, Ingenieurprofessor an der University of Notre Dame, der an der neuen Studie nicht beteiligt war. Im vergangenen Jahr war Luo Autor einer anderen Studie in der Fachzeitschrift Science Advances, in der erstmals Nanoplastik im Meerwasser nachgewiesen wurde.

«Wir mussten absolut sicher sein, dass es sich um ein Nanokunststoffsignal handelte und nicht um etwas anderes.»

Plastikmüll schwimmt meist nahe der Oberfläche und sammelt sich in grossen, rotierenden Meeresströmungen, den sogenannten Meereswirbeln an. Die Forscher fanden heraus, dass Nanokunststoffe in Küstennähe und nahe der Wasseroberfläche stärker konzentriert waren, aber sie konnten die Schadstoffe sogar in einer Tiefe von 4500 Metern nachweisen.

Die Studie ergab eine durchschnittliche Konzentration von Nanokunststoffen in Küstennähe von 25 Milligramm pro Kubikmeter Wasser – etwa das Gewicht einer grossen Vogelfeder.

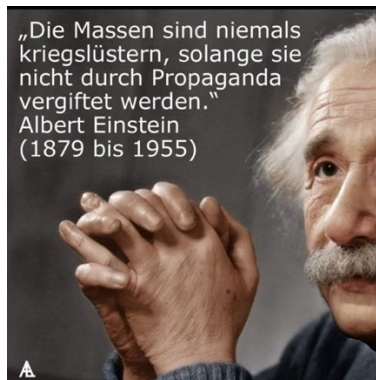
Nanokunststoffe sind so winzig, dass sie leicht in den Körper von Lebewesen eindringen können, sagte Luo. Für Fische und andere Tiere, die im Meer leben, bedeutet dies eine ständige Belastung, die sich mit der Zeit anreichert. Grössere Tiere essen kleinere Tiere. Am Ende der Nahrungskette steht der Mensch. Im August werden Vertreter aus über hundert Ländern in Genf zur Abschlusskonferenz der Vereinten Nationen zusammenkommen, um Massnahmen gegen die weltweite Plastikverschmutzung zu erörtern. Ausser Absichtserklärungen ist nicht viel Konkretes zu erwarten.

PS

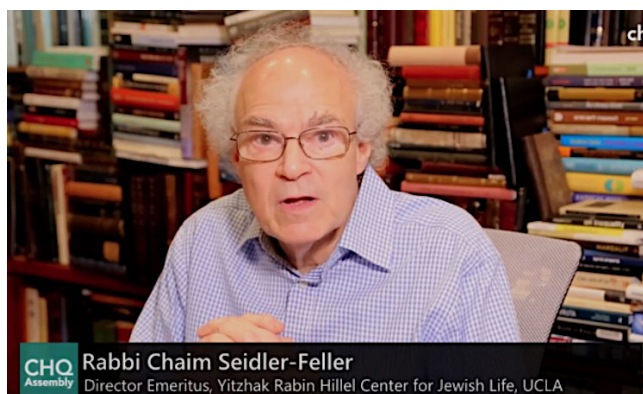
Risiken für unsere Kinder und Enkelkinder werden unterschiedlich beurteilt. Gegenwärtig schätzen Regierungen (und die Rüstungsindustrie) die Wahrscheinlichkeit eines russischen Angriffs und einer russischen Besetzung von Nato-Staaten als höher ein als die Folgen der Klimaerwärmung, des Wassermangels, der Armut mit ihren Migrationswellen oder der Verseuchung der Umwelt unter anderem mit Nanokunststoffen. Deshalb fliessen Abermilliarden in die Aufrüstung und fehlen zur Bekämpfung der anderen Risiken.

Zitat Albert Einstein:

«Die Massen sind niemals kriegslüstern, solange sie *nicht* durch Propaganda vergiftet werden. Wir müssen sie gegen Propaganda immunisieren.»



INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
30.07.2025



Rabbiner Chaim Seidler-Feller wird dem modern-orthodoxen Judentum zugeordnet. Er hat einen jüdischen Appell zu Gaza unterzeichnet. © The Chautauquan Daily

Jüdische Organisationen fordern ein Ende der Massenhungersnot

Immer mehr jüdische Führungspersonlichkeiten und Institutionen protestieren gegen die Gräueltaten in Gaza.

upg.

Die amerikanische NGO J Street ist nach eigenen Angaben die Stimme pro-israelischer, friedens- und demokratiefreundlicher Amerikaner. Sie setzt sich dafür ein, den Staat Israel als demokratische Heimat für das jüdische Volk zu sichern.

Jetzt forderte J Street jüdische Organisationen und Persönlichkeiten auf, ihre Stimme gegen Netanyahus Politik in Gaza zu erheben. Bereits mit einigem Erfolg:

Die Zentralkonferenz amerikanischer Rabbiner erklärte am 27. Juli: «Das Aushungern der Zivilbevölkerung in Gaza wird Israel weder den angestrebten «vollständigen Sieg» über die Hamas bringen, noch lässt sie sich mit jüdischen Werten oder humanitärem Recht rechtfertigen.»

Konkret fordert die Zentralkonferenz:

- Das Einrichten einer erheblichen Anzahl von Lebensmittelverteilzentren an verschiedenen Orten im Gazastreifen.
- Die gross angelegte Einfuhr von Säuglingsnahrung (insbesondere flüssiger Säuglingsnahrung) und Gewährleistung der sicheren Lieferung sowohl an funktionierende medizinische Zentren als auch an die wenigen verbliebenen internationalen Hilfseinrichtungen.
- Sichere Methoden – möglicherweise in Zusammenarbeit mit den Ländern der Region – für die Lieferung von Nahrungsmitteln an Hilfsorganisationen und internationale Einrichtungen.
- Eine ausreichende Wasserversorgung der Bevölkerungszentren in Gaza gemäss internationalen Gesundheitsstandards.
- Die Lieferung von Medikamenten, das Einrichten von Feldlazaretten und Kliniken zu genehmigen und unterstützen, die von verbliebenem palästinensischem medizinischem Personal, ausländischen Regierungen und internationalen Einrichtungen betrieben werden, insbesondere in Gebieten, in denen Krankenhäuser ihren Betrieb einstellen mussten.

Die Rabbinische Versammlung erklärt sich «zunehmend besorgt über die sich verschärfende humanitäre Krise in Gaza». Diese Rabbiner des konservativen Masorti-Judentums halten «dringende Massnahmen zur Linderung der Not der Zivilbevölkerung und zur Sicherstellung der Hilfslieferungen für nötig». Gleichzeitig sollen sich die politischen Führer «auf die Rückkehr der Geiseln und die Beendigung dieses Krieges konzentrieren».

Hunderte Rabbiner weltweit haben inen Brief unterzeichnet, in dem sie Israel auffordern, den Hunger nicht länger als «Kriegswaffe» einzusetzen und die Kämpfe im Gazastreifen zu beenden.

«Das jüdische Volk ist einer schweren moralischen Krise ausgesetzt», heisst es im Brief vom 25. Juli, den führende Rabbiner verschiedener Glaubensrichtungen unterschrieben haben. Die Unterzeichner, so heisst es im Text, «setzen sich nachdrücklich für das Wohlergehen Israels und des jüdischen Volkes ein». Sie könnten jedoch angesichts der steigenden Zahl der Todesopfer und der zunehmenden Unterernährung in Gaza «nicht schweigen».

«Wir können die Massenmorde an Zivilisten, darunter viele Frauen, Kinder und ältere Menschen, oder den Einsatz von Hunger als Kriegswaffe nicht gutheissen», heisst es im Brief weiter. «Die starken Einschränkungen der humanitären Hilfe in Gaza und die Politik, der bedürftigen Zivilbevölkerung Lebensmittel, Wasser und medizinische Hilfsgüter vorzuenthalten, widersprechen den grundlegenden Werten des Judentums, wie wir sie verstehen.»

Zu den prominenten Unterzeichnern des Briefes gehören Rabbinerin Sharon Brous, welche die nichtkonfessionelle Synagoge IKAR in Los Angeles leitet, Rabbi und Schriftsteller Irwin Kula, Chain Seidler-Feller, ein langjähriger Hillel-Rabbi, der heute am Shalom Hartman Institute lehrt, Rachel Timoner, eine reformierte Rabbinerin aus New York, und Marc D. Angel, ein liberaler orthodoxer Rabbi.

Der National Council of Jewish Women verbreitete auf «X» und «Facebook»: «Wenn Kinder hungern und Familien durch Krieg auseinandergerissen werden, dürfen wir nicht wegsehen.»

Vorläufiges Fazit der NGO J Street: «Wir müssen weiterhin Druck ausüben, damit sich noch mehr Stimmen lautstark zu Wort melden. Es müssten konkrete Massnahmen ergriffen werden, um diesen Krieg zu beenden, die Geiseln nach Hause zu holen und die Hilfslieferungen nach Gaza zu verstärken.»

Sie starben beim Reisklau vom Boden – US-Elitesoldat im Interview bei Tucker erzählt unter Tränen, was er in Gaza erlebt hat

uncut-news.ch, August 1, 2025

Bericht: «Ich habe es gesehen, ich habe es gefühlt» – US-Veteran schildert Kriegsverbrechen in Gaza

Tucker Carlson gibt in seinen Interviews nicht nur politischen Entscheidungsträgern eine Bühne, sondern auch Soldaten, Whistleblowern und Beobachtern vor Ort – Menschen, die erlebt haben, was anderen verborgen bleibt. In einem erschütternden Gespräch lässt er nun Oberstleutnant Tony Aguilar zu Wort kommen, einen 25-jährigen Träger des «Green Beret» und des «Purple Heart». Aguilar war im Irak stationiert, später im Gazastreifen. Was er dort sah, beschreibt er als «organisiertes Grauen».

Direkt zum Video mit deutschen Untertiteln:

(Anmerkung: Siehe <https://www.bitchute.com/embed/IUwEOYsH6xML/>)



Aguilar berichtet unter Tränen von einem gezielten Zermürbungskrieg gegen die palästinensische Bevölkerung: Eltern, die «ihre toten Kinder – Skelette – in den Armen halten», Menschen, die «völlig abgemagert und ausgehungert» sind. Der ehemalige Elitesoldat räumt mit dem Vorwurf auf, es handle sich um Propaganda: «Das ist nicht gefälscht. Das ist echt. Menschen sterben.»

Besonders schwer belastet Aguilar die Rolle der sogenannten «Gaza Humanitarian Foundation», die laut ihm keine ausreichende Hilfe liefert. Im Gegenteil: Die von den USA mit Millionen finanzierten Hilfslieferungen seien ineffektiv, mangelhaft organisiert und würden den Eindruck erwecken, es gäbe eine funktionierende Versorgung – was eine «Lüge» sei.

«Die Menschen laufen bis zu 12 Kilometer – barfuss – um Reisreste vom Boden aufzusammeln. Und dann sterben sie beim Verlassen der Verteilzentren durch Schüsse der IDF.»

Eine zentrale Figur seines Berichts ist der kleine Junge Amir, den Aguilar an einem der Verteilorte traf: schmutzig, abgemagert, barfuss. Amir küsste Aguilars Hand – ein Zeichen tiefen Respekts in der arabischen Kultur. Aguilar kniete sich zu ihm, spürte die Knochen unter der Haut und sagte: «Amerika kümmert sich. Du wirst nicht vergessen werden.»

Am Ende wurde Amir auf dem Rückweg aus dem Verteilzentrum von israelischen Soldaten erschossen. Aguilar berichtet, dass IDF-Posten gezielt auf Menschen schossen, die gerade Essenshilfe erhalten hatten. «Diese Verteilzentren waren keine Zufallsfallen. Sie waren als Todesfallen konzipiert.»

Er wirft der israelischen Armee vor, «systematisch Kriegsverbrechen» zu begehen – von der Vertreibung der Bevölkerung über gezielte Angriffe auf Zivilisten bis hin zur Entmenslichung durch Sprache. Selbst US-Sicherheitskräfte vor Ort hätten palästinensische Zivilisten als «Zombie-Horde» bezeichnet. Die Grenze zur Barbarei sei längst überschritten.

Aguilar ruft dazu auf, die Finanzierung der Gaza Humanitarian Foundation sofort einzustellen und die Mittel zu überprüfen. Er sagt: «Ich weiss nicht, wohin die 30 Millionen Dollar gegangen sind – aber nicht nach Gaza.»

Tucker Carlson lässt damit erneut eine Stimme zu Wort kommen, die in den grossen Medien selten Gehör findet – und konfrontiert seine Zuschauer mit unbequemen Wahrheiten aus einem Krieg, dessen Frontlinien nicht nur militärisch, sondern auch moralisch verlaufen.

Das komplette Interview mit deutschen Untertiteln:

(Anmerkung: Siehe <https://www.bitchute.com/embed/HQQMpKRO2QtJ/>)

Quelle: <https://uncutnews.ch/sie-starben-beim-reisklau-vom-boden-us-elitesoldat-im-interview-bei-tucker-erzaehlt-unter-traenen-was-er-in-gaza-erlebt-hat/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
23.7.2025

«Ausgerechnet Israel verübt einen Völkermord»
Genozid-Spezialist Professor Omer Bartov zweifelt nicht mehr daran:
Der Zerstörungs- und Vertreibungskrieg erfülle die Kriterien.
Urs P. Gasche

«Ich bin zum unausweichlichen Schluss gekommen, dass Israel Völkermord an den Palästinensern begeht. Da ich in einem zionistischen Elternhaus aufwuchs, die erste Hälfte meines Lebens in Israel verbrachte, als Soldat und Offizier in der israelischen Armee diente und den grössten Teil meiner Karriere mit der Erfor-

schung und Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und dem Holocaust verbrachte, ist dies eine schmerzhaftes Erkenntnis, der ich mich so lange wie möglich widersetzt habe.»
Omer Bartov

In der «New York Times» vom 20. Juli erläuterte Genozid-Spezialist Bartov, warum er zu dieser Erkenntnis gekommen ist.

Anfang 2024 forderte die israelische Armee rund eine Million Palästinenserinnen und Palästinenser auf, bis im Mai Rafah zu verlassen. Sie wurden aufgefordert, ins Strandgebiet von Mawasi zu ziehen, wo es kaum Unterkünfte gab. Rafah war die letzte relativ unbeschädigte Stadt im Süden des Gazastreifens. Nach der erzwungenen Flucht seiner Einwohner zerstörte Israels Armee bis Ende August den grössten Teil der Stadt.



Mädchen über einem zerstörten Haus in Gaza
© thenews2/Depositphotos

Zu jenem Zeitpunkt habe er realisiert, dass die israelische Armee die genozidalen Absichten ausführt, welche israelische Politiker in den Tagen nach dem terroristischen Angriff der Hamas vom 7. Oktober bekundet hatten. Premierminister Benjamin Netanjahu versprach, dass der Feind einen «hohen Preis» für den Angriff zahlen werde und dass die israelische Armee IDF Teile des Gazastreifens, in denen die Hamas operierte, «in Schutt und Asche» legen werde. Er forderte «die Bewohner des Gazastreifens» auf, «jetzt zu gehen, weil wir überall mit aller Härte vorgehen werden». Wohin sie gehen sollen, sagte er nicht.

Regierungs- und Militärvertreter erklärten öffentlich, sie kämpften gegen «menschliche Tiere», und später forderten sie die «vollständige Vernichtung». Nissim Vaturi, der stellvertretende Parlamentspräsident, verbreitete auf X, es sei Israels Aufgabe, «den Gazastreifen von der Landkarte zu tilgen».

Israels Vorgehen habe man nur als Umsetzung der erklärten Absichten verstehen können, den Gazastreifen für dessen palästinensische Bevölkerung unbewohnbar zu machen.

Israel weist alle Vorwürfe von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord zurück. Die Zivilbevölkerung werde vor Angriffen rechtzeitig zur Evakuierung aufgefordert. Für die zivilen Opfer sei die Hamas schuld, welche sie als Schutzschilder benutze.

Höchste Zahl amputierter Kinder pro Kopf der Bevölkerung

Omer Bartov kommt zu einem anderen Schluss:

«Die systematische Zerstörung nicht nur von Wohnhäusern, sondern auch anderer Infrastrukturen in Gaza – Regierungsgebäude, Spitäler, Universitäten, Schulen, Moscheen, Wasseraufbereitungsanlagen, Kulturstätten, Landwirtschaftliche Flächen und Parks hat zum Ziel, ein palästinensisches Leben in Gaza höchst unwahrscheinlich zu machen.

Nach einer aktuellen Untersuchung von «Haaretz» wurden schätzungsweise 174'000 Gebäude zerstört oder beschädigt, was etwa 70 Prozent aller Gebäude im Gazastreifen entspricht.

Bisher wurden nach Angaben der Gesundheitsbehörden in Gaza mehr als 58'000 Menschen getötet, darunter mehr als 17'000 Kinder. Fast ein Drittel aller Opfer sind Kinder und Jugendliche.

Mindestens 10'000 Menschen werden noch unter den Trümmern ihrer Häuser vermutet. Mehr als 138'000 Menschen wurden verletzt und verstümmelt.

Gaza hat nun die traurige Auszeichnung, die höchste Zahl an amputierten Kindern pro Kopf weltweit zu haben.

Eine ganze Generation von Kindern, die anhaltenden militärischen Angriffen, dem Verlust ihrer Eltern und langfristiger Unterernährung ausgesetzt war, wird für den Rest ihres Lebens unter schweren körperlichen und psychischen Folgen leiden. Unzählige weitere Tausende chronisch kranke Menschen hatten und haben kaum Zugang zu medizinischer Versorgung.»

Die israelische Armee kämpfe schon längst nicht mehr gegen organisierte militärische Einheiten der Hamas, auch wenn die geschwächte Gruppe weiterhin gegen die israelischen Streitkräfte kämpfe und die Kontrolle über die Bevölkerung in den Gebieten behalte, die nicht von der israelischen Armee kontrolliert werden. Nach Überzeugung Bartovs ist die Armee heute in erster Linie mit Zerstörungs- und ethnischen Säuberungsaktionen beschäftigt.

Moshe Yaalon, Netanyahus ehemaliger Stabschef und Verteidigungsminister habe diese Absicht der Säuberung im letzten November im israelischen Fernsehsender «Democrat TV» und in anschliessenden Artikeln und Interviews klar geäussert.

Jetzt wolle Israel die gesamte Bevölkerung Gazas in einem Viertel des Gazastreifens in drei Zonen konzentrieren: Gaza-Stadt, die zentralen Flüchtlingslager und die Küste von Mawasi am südwestlichen Rand des Gazastreifens. Am 7. Juli 2025 erklärte Verteidigungsminister Israel Katz, auf den Ruinen von Rafah werde die israelische Armee eine «humanitäre Stadt» errichten, um zunächst 600'000 Palästinenser aus dem Gebiet Mawasi aufzunehmen. Sie sollen dann von internationalen Organisationen versorgt werden und das Gebiet nicht verlassen dürfen.

Absicht, eine Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören

Die Uno hat das Verbrechen des Völkermords 1948 definiert als «die Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören».

Es muss also die Absicht bestehen, eine solche Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören. Im Falle Israels hätten zahlreiche Beamten und Führer diese Absicht öffentlich zum Ausdruck gebracht. Auch die Art der Kriegsführung lasse auf die Absicht schliessen. Seit Mitte 2024 werde immer klarer, dass die israelischen Streitkräfte den Gazastreifen systematisch zerstörten.

Bei anderen Verbrechen gehe es um die wahllose oder vorsätzliche Tötung von Zivilisten. Völkermord dagegen sei das Töten von Menschen als Mitglieder einer Gruppe mit dem Ziel, diese Gruppe als politische, soziale oder kulturelle Einheit dauerhaft zu zerstören, sodass sie sich nie wieder neu bilden kann.

Andere Länder zum Eingreifen verpflichtet

Die Uno-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes verpflichtet alle Unterzeichnerstaaten, Versuche eines Völkermordes zu verhindern und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Versuch zu stoppen. Sie sind zudem verpflichtet, alle zu bestrafen, die sich an diesem grössten Verbrechen beteiligten – auch wenn der Völkermord innerhalb der Grenzen eines souveränen Staates begangen wurde. (Red. Stattdessen sind die USA der mit Abstand grösste Waffenlieferant und Deutschland ist der mit Abstand zweitgrösste Waffenlieferant. Die beiden Länder setzen sich dem Vorwurf der Mittäterschaft aus, weil sie ihre Waffenlieferungen nicht einstellen.)

Falls der Internationale Gerichtshof endgültig zum Schluss kommt, dass ein Staat Völkermord begeht, kann der UN-Sicherheitsrat drastische Sanktionen beschliessen.

Politiker oder Generäle, die vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Völkermordes oder anderer Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht angeklagt oder für schuldig befunden werden, können ausserhalb ihres Landes verhaftet werden.

Ethnische Säuberung oder Völkermord

Manche würden Israels Politik nicht Völkermord nennen, sondern ethnische Säuberung. Doch wenn eine ethnische Gruppe nirgendwo hingehen könne und ständig von einer sogenannten Sicherheitszone in die nächste vertrieben, unerbittlich bombardiert und ausgehungert werde, entstehe aus einer ethnischen Säuberung rasch ein Völkermord. Dies sei der Fall gewesen bei mehreren bekannten Völkermorden des 20. Jahrhunderts, wie dem an den Herero und Nama ab 1904 im heutigen Namibia, dem Völkermord an den Armeniern im Ersten Weltkrieg und sogar dem Holocaust, der mit dem Versuch der Deutschen begonnen habe, die Juden zu vertreiben, und dann mit ihrer Ermordung endete.

Die meisten Forscher, die sich mit Völkermorden befassen und diese miteinander vergleichen, würden sich immer mehr dem Konsens nähern, die Ereignisse in Gaza als Völkermord einzustufen, sagt Bartov.

Im November 2024 schloss sich der israelische Völkermordforscher Shmuel Lederman der wachsenden Meinung an, dass Israel Völkermord begehe. Der kanadische Völkerrechtler William Schabas kam zum gleichen Schluss und bezeichnete Israels Militäraktion in Gaza kürzlich als «absoluten» Völkermord.

Andere Völkermord-Experten, wie Melanie O'Brien, Präsidentin der International Association of Genocide Scholars, und der britische Spezialist Martin Shaw sind zum gleichen Schluss gekommen.

Uğur Ümit Üngör, Professor am NIOD-Institut für Kriegs-, Holocaust- und Völkermordstudien in Amsterdam, meinte, dass es wahrscheinlich Wissenschaftler gebe, die noch immer nicht von Völkermord reden, aber «ich kenne sie nicht».

Anders die speziell auf den Holocaust ausgerichteten Wissenschaftler. Die meisten von ihnen würden zumindest öffentlich nicht von einem Völkermord in Gaza reden. Ausnahmen seien der Israeli Raz Segal, Pro-

grammdirektor für Holocaust- und Völkermordstudien an der Stockton University in New Jersey, und die Historiker Amos Goldberg und Daniel Blatman von der Hebräischen Universität Jerusalem.

Doch viele andere Holocaust-Spezialisten würden die Verbrechen Israels in Gaza leugnen und ihre kritischen Kollegen der Hetze, der masslosen Übertreibung, des Rufmords und des Antisemitismus bezichtigen. Konkret: Wer Bilder zeigt von palästinensischen Kindern, die von Bomben zerfetzt wurden, ist aus deren Sicht ein Antisemit.

Omer Bartov hält es für äusserst problematisch, dass Genozid-Forschern vorgeworfen werde, sie seien antisemitisch: Wenn der Staat Israel und seine Verteidiger die Verbrechen der israelischen Streitkräfte so hartnäckig mit dem Verweis auf den Holocaust unter den Tisch kehren, werde es nach dem Völkermord in Gaza nicht mehr möglich sein, den Holocaust so zu lehren und zu erforschen wie bisher, befürchtet Bartov.

Das Schweigen zum Völkermord in Gaza mache den Slogan «Nie wieder» zu einer Farce: «Während Israel buchstäblich versucht, die Existenz der Palästinenser in Gaza auszulöschen und zunehmend Gewalt gegen Palästinenser im Westjordanland ausübt, schwindet das moralische und historische Kapital, auf das sich der jüdische Staat bisher stützen konnte.»

Die israelische Bevölkerung werde durch die Selbstzensur ihrer eigenen Medien (und durch das Verbot des Senders Al Jazeera) abgeschirmt. Doch die täglichen Schreckensszenen in Gaza würden die israelische Propaganda, es handle sich um einen Verteidigungskrieg gegen einen naziähnlichen Feind, als Lüge entlarven.

Omer Bartov ist in einem Kibbuz geboren, war Offizier der israelischen Armee und ist heute Professor für Holocaust- und Genozidstudien an der Brown University im US-Bundesstaat Rhode Island.

Deutschland: In der gesetzlichen Rentenversicherung fehlen 1023 Milliarden Euro «Dieses Defizit ist kein kleiner Rechenfehler, sondern ein deutliches Symptom jahrzehntelanger politischer Vernachlässigung und stiller Enteignung der arbeitenden Bevölkerung», kritisiert der Verein Aktion Demokratische Gemeinschaft.

1. August 2025 von WS

Der Finanzwissenschaftler Stefan Homburg hat auf seinem Telegram-Kanal über die Lage im deutschen Rentensystem informiert. Diese wird vom Verein Aktion Demokratische Gemeinschaft (ADG) als «nationaler Skandal» bezeichnet. Das System der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland sei strukturell unterfinanziert – in Höhe von 1023 Milliarden Euro. Dieses Defizit sei kein kleiner Rechenfehler, sondern ein deutliches Symptom jahrzehntelanger politischer Vernachlässigung und stiller Enteignung der arbeitenden Bevölkerung.

Was wirklich passiert, beschreibt ADG wie folgt: Die gesetzliche Rentenversicherung ist gesetzlich verpflichtet, nicht nur beitragsbasierte Renten zu zahlen, sondern auch sogenannte «versicherungsfremde Leistungen». Das sind Ausgaben, die vom Staat angeordnet wurden (z. B. Mütterrenten oder Ost-West-Rentengleichung), die aber nichts mit den tatsächlichen Beiträgen zu tun haben. Diese Kosten müssten eigentlich vom Bund erstattet werden.

Doch stattdessen gilt:

- Nur 26 bis 27 Prozent der Rentenausgaben werden durch Bundeszuschüsse gedeckt.
- Tatsächlich entfallen 34 bis 40 Prozent der Rentenausgaben auf versicherungsfremde Leistungen.

Diese systematische Unterdeckung habe ein Defizit von mehr als einer Billion Euro verursacht. Dieses werde stillschweigend auf die Beitragszahler abgewälzt: auf die heutigen Arbeitnehmer, auf die Rentner von morgen.

Staatsversagen getarnt als Solidarität

«Das ist kein buchhalterisches Versehen – das ist heimliche Besteuerung», bemängelt ADG. Der Staat borge sich Glaubwürdigkeit vom System der Sozialversicherung, zweckentfremde die Gelder und verweigere die ehrliche Bilanzierung. Politiker würden kurzfristig davon profitieren, dass sie keine transparenten Steuern erheben müssten, während sich die langfristigen Verpflichtungen still aufblähten. «Das untergräbt Vertrauen und zerstört die Generationengerechtigkeit», betont der Verein.

Gerichte und Ministerien drücken sich um das Thema – aus einem Grund: Steuererhöhungen sind politisch unpopulär. Die wahre Schuldenlage offenzulegen würde die Illusion fiskalischer Stabilität zum Einsturz bringen. ADG zieht sein Fazit:

«Diese Billionenlücke in der Rentenkasse ist kein «Pech» oder Ergebnis von «wirtschaftlichem Gegenwind» – sie ist das direkte Resultat von Haushaltsbetrug, legitimiert durch politischen Konsens.»

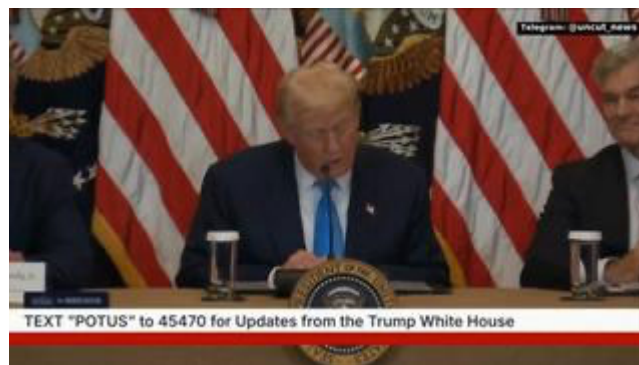
Es sei deshalb an der Zeit, dieses System beim Namen zu nennen: Es sei «ein parasitärer Mechanismus, in dem heutige Beitragszahler für gestrige Wahlgeschenke aufkommen – ohne ehrlichen Ausgleich, ohne Reform in Sicht».

Quelle: Telegram: Stefan Homburg - 30. Juli 2025

Quelle: <https://transition-news.org/deutschland-in-der-gesetzlichen-rentenversicherung-fehlen-1023-milliarden-euro>



Quelle: <https://www.instagram.com/gesichert.unbequem/>



Trump präsentiert: Gesundheitssystem 2.0 Zugriff und die totale Kontrolle aller Daten

uncut-news.ch, Juli 31, 2025

Was einst als «Notlösung» in der Pandemie begann, nimmt nun unter dem Deckmantel der Digitalisierung beängstigende Formen an: Donald Trump – einst der Präsident von «Operation Warp Speed» – arbeitet nun mit denselben Tech-Oligarchen zusammen, um eine gigantische digitale Gesundheitsdatenbank zu schaffen. Was wie ein Fortschritt klingt, ist in Wahrheit ein gefährlicher Vorstoss in Richtung totaler Kontrolle.

Ein «digitales Ökosystem» für totale Erfassung

Trump kündigte in einer Rede den Aufbau eines neuen digitalen Gesundheitssystems an, in dem Softwarefirmen, Versicherer und Behörden auf Knopfdruck sämtliche Gesundheitsdaten der US-Bevölkerung austauschen können – angeblich, um Bequemlichkeit, Effizienz und Lebensqualität zu verbessern.

Direkt zum Video mit deutschen Untertiteln: Anmerkung: Siehe <https://www.bitchute.com/embed/rZoU409sHQab/>

Mit dabei die Techgiganten – und das umstrittene Datenanalyse-Unternehmen Palantir, das in der Vergangenheit durch seine Zusammenarbeit mit Geheimdiensten und seine Rolle in der Überwachung von Migranten auffiel.

Trump selbst spricht vom Ende der Klemmbretter, von «Kill the Clipboard», als wäre es ein Befreiungsschlag. In Wahrheit jedoch bedeutet es das Ende jeglicher Privatsphäre im medizinischen Bereich.

Vermeintlich freiwillig – aber mit Systemdruck

Offiziell soll das Ganze «freiwillig» sein – ohne zentrale, staatlich geführte Datenbank. Doch wer in der realen Welt lebt, weiss: Digitale Systeme entwickeln Sogwirkungen. Versicherungen, Kliniken und Behörden wer-

den Nutzer subtil zwingen, sich dem System anzuschliessen. Wer sich verweigert, riskiert bald schlechtere Behandlung, höhere Prämien oder den Verlust ärztlicher Leistungen.

Die Gesundheitsdaten als Einfallstor

Was nach digitaler Modernisierung klingt, ist in Wahrheit ein strategisches Machtinstrument: Gesundheitsdaten gehören zu den sensibelsten Informationen, die ein Staat oder Konzern über seine Bürger sammeln kann. Sie verraten nicht nur den physischen Zustand eines Menschen, sondern auch seine genetische Veranlagung, psychische Stabilität und zukünftige Krankheitsrisiken.

Trump deutete sogar halb im Scherz an: «Sie können Ihnen ganz genau sagen, was Ihr Problem in sechs Jahren sein wird.» – Ein «Witz», der zeigt, wie selbstverständlich künftig prädiktive Gesundheitsanalyse auf Basis von Big Data sein soll.

Pfizer-Whistleblowerin: «Das kann doch nicht wahr sein»

Karen Kingston, ehemalige Pfizer-Insiderin, warnt offen auf X: «Das ist Massenüberwachung. Gesundheitsdaten sind der nächste Rohstoff im digitalen Zeitalter.» Mit der Rückkehr Trumps zur politischen Bühne kehrt auch die technokratische Logik der Pandemie zurück – nur jetzt im Gewand des Fortschritts.

Journalist Taylor Hudak bringt es auf den Punkt: «Das klingt nach einem totalen Albtraum.»

Was steckt wirklich dahinter?

Trump war nie ein Gegner von Big Tech – er war immer nur ihr pragmatischer Nutzer. Operation Warp Speed, die mRNA-Rollout-Kampagne und die enge Zusammenarbeit mit Pharma- und Techkonzernen beweisen das. Die jetzt angekündigte digitale Infrastruktur ist nichts anderes als das Fundament für eine Gesundheits-Social-Credit-Welt, in der der Zugang zu Behandlung, Reisen oder Versicherung an digitale Akten gebunden ist – vernetzt, gespeichert, algorithmisch bewertet.

Fazit:

Wer glaubt, unter Trump würde der Staat kleiner und freier, der verkennt die Realität. Mr. Warp Speed baut kein digitales Gesundheitssystem – er baut ein Kontrollregime, in dem der Mensch zur verwertbaren Datenspur wird.

Quelle: <https://uncutnews.ch/trump-praesentiert-gesundheitssystem-2-0-zugriff-und-die-totale-kontrolle-aller-daten/>

John Mearsheimer: Die palästinensische Tragödie und die Irreführung des Westens

uncut-news.ch, Juli 31, 2025



John Mearsheimer, ein renommierter Politikwissenschaftler und Professor an der Universität Chicago, hat in einem ausführlichen Interview mit Tucker Carlson kontroverse Thesen zur geopolitischen Lage im Nahen Osten, insbesondere zum Konflikt in Gaza, sowie zur Ukraine-Krise und zur Rolle der USA in der internationalen Politik vertreten. Seine Analysen werfen ein kritisches Licht auf die Unterstützung des Westens für Israel, die er als «bedingungslos» bezeichnet, und auf die geopolitischen Fehlentscheidungen, die zu einer Destabilisierung der Region geführt haben. Dieser Artikel beleuchtet Mearsheimers zentrale Argumente, insbesondere seine Einschätzung des Gaza-Konflikts als Völkermord, die Rolle der Israel-Lobby in den USA und die geopolitischen Konsequenzen dieser Dynamiken.

Der Gaza-Konflikt: Ein Völkermord?

Mearsheimer beschreibt die israelische Politik in Gaza nach den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 als Völkermord. Er definiert diesen Begriff nach der Genfer Konvention von 1948, die Völkermord als die absichtliche Zerstörung einer ethnischen, religiösen oder nationalen Gruppe beschreibt, um deren Identität zu vernichten. «Die Israelis versuchen systematisch, die Palästinenser als nationale Gruppe zu zerstören», sagt

Mearsheimer. «Sie zielen auf sie als Palästinenser ab und versuchen, die palästinensische nationale Identität zu vernichten, zusätzlich dazu, dass sie enorme Zahlen von Palästinensern ermorden.»

Er argumentiert, dass die israelische Offensive in Gaza nicht nur eine Reaktion auf den Hamas-Angriff vom 7. Oktober ist, sondern Teil einer langfristigen Strategie, die Palästinenser aus dem Gebiet des «Grossen Israel» zu vertreiben. «Die Zionisten wollten von Anfang an ein Grosses Israel», erklärt Mearsheimer und verweist auf historische Dokumente, etwa ein 1918 von David Ben-Gurion verfasstes Schriftstück, in dem dieser ein Israel beschreibt, das weit über die heutigen Grenzen hinausgeht, einschliesslich Teilen Syriens, des Libanons und der Sinai-Halbinsel.

Nach Mearsheimers Ansicht nutzen die Israelis die Ereignisse vom 7. Oktober als Gelegenheit zur ethnischen Säuberung. «Es gibt eine enorme Menge an Daten in der israelischen Presse, die diese Argumentation laut und deutlich untermauern», betont er. Allerdings sei das Ziel, die etwa 2,3 Millionen Palästinenser aus Gaza zu vertreiben, gescheitert, da weder Ägypten noch Jordanien bereit seien, diese Flüchtlinge aufzunehmen. «Die Palästinenser verlassen Gaza nicht», sagt er, «und so eskalieren die Israelis ihre Angriffe in der Hoffnung, sie doch noch zu vertreiben.» Dies habe zu einer katastrophalen humanitären Lage geführt, mit Schätzungen von bis zu 400'000 Vermissten und etwa 60'000 Toten, wobei die genaue Zahl schwer zu verifizieren sei.

Die Rolle der Israel-Lobby

Ein zentrales Thema in Mearsheimers Analyse ist die aussergewöhnliche Macht der Israel-Lobby in den USA, die er als «beispiellos in der Geschichte» bezeichnet. Gemeinsam mit seinem Kollegen Stephen Walt, Professor an der Harvard-Universität, veröffentlichte er 2007 ein Buch über die Israel-Lobby, das massive Kontroversen auslöste. «Die Lobby ist eine unglaublich mächtige Interessengruppe», sagt Mearsheimer. «Sie hat eine immense Macht und beeinflusst die US-Aussenpolitik im Nahen Osten tiefgreifend.»

Er beschreibt die Lobby als eine lose Koalition von Individuen und Organisationen, darunter die American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) und die Anti-Defamation League, die unermüdlich daran arbeiten, die Unterstützung für Israel zu sichern. «Es ist wichtig zu betonen, dass es keine jüdische Lobby ist», erklärt er, «denn viele Juden kümmern sich wenig um Israel, und viele, einschliesslich religiöser Juden, sind gegen die Politik Israels.» Zudem betont er die Rolle christlicher Zionisten, die aus religiösen Gründen die israelische Expansion unterstützen, da sie glauben, dass dies die Voraussetzung für die Wiederkunft Christi sei. Die Macht der Lobby zeigt sich darin, dass die USA Israel bedingungslos unterstützen, selbst wenn dies den amerikanischen Interessen widerspricht. «In den letzten 40 Jahren kann ich keinen Moment nennen, in dem die USA ihre eigenen Interessen über die Israels gestellt haben», sagt Mearsheimer. Ein Beispiel ist die konsequente Ablehnung einer Zwei-Staaten-Lösung durch Israel, obwohl jeder US-Präsident seit Jimmy Carter diese Lösung unterstützt hat. «Die Israelis haben uns bei jedem Schritt zurückgewiesen», bemerkt er, «und dennoch unterstützen wir sie weiter.»

Die Ukraine-Krise und die Russophobie des Westens

Neben dem Nahen Osten beleuchtet Mearsheimer die Ukraine-Krise, die er als Ergebnis der NATO-Erweiterung betrachtet. «Die Russen gewinnen den Krieg», sagt er, «und die Ukraine befindet sich in einer hoffnungslosen Lage.» Er argumentiert, dass die russischen Forderungen – Neutralität der Ukraine, Demilitarisierung und Anerkennung der Annexion der Krim und der vier östlichen Oblaste – für die Ukraine und den Westen inakzeptabel seien. «Es wird keine diplomatische Lösung geben», prophezeit er, «sondern einen gefrorenen Konflikt, der auf dem Schlachtfeld entschieden wird.»

Mearsheimer kritisiert die «lächerliche Russophobie» im Westen, die die westlichen Eliten daran hindere, die legitimen Sicherheitsbedenken Russlands anzuerkennen. «Die Reaktion Russlands auf die NATO-Erweiterung ist analog zur Monroe-Doktrin der USA», erklärt er. «Die USA würden niemals zulassen, dass China Militärkräfte in Mexiko oder Kanada stationiert, aber wir denken, wir können NATO-Truppen in die Ukraine verlegen, ohne dass Russland das stört.»

Er sieht die NATO-Erweiterung als eine der grössten aussenpolitischen Fehlentscheidungen der USA, die nicht nur den Krieg in der Ukraine ausgelöst, sondern auch die Beziehungen zu Russland nachhaltig beschädigt hat. «Wir haben die Russen in die Arme der Chinesen getrieben», sagt er, «was strategisch gesehen ein grosser Fehler war, da China die Hauptherausforderung für die USA darstellt.»

Die Zukunft der globalen Ordnung

Mearsheimer bietet auch eine Langzeitperspektive auf die globale Ordnung. «In den nächsten 10 bis 20 Jahren werden die USA, China und Russland die internationalen Beziehungen dominieren», sagt er. «Die USA und China werden die beiden mächtigsten Staaten bleiben, wobei China die Lücke zu den USA schliesst.» Langfristig sieht er jedoch die USA im Vorteil, da die chinesische Bevölkerung aufgrund der Ein-Kind-Politik schrumpfen wird, während die USA durch Einwanderung ihre Bevölkerung stabilisieren können. «Macht ist in der internationalen Politik entscheidend», betont er, «denn es gibt keine höhere Autorität, die Staaten schützen kann.»

Dennoch warnt er vor der Gefahr, diese Macht unklug einzusetzen. «Die USA haben ihre immense Macht in den letzten Jahrzehnten oft töricht genutzt», sagt er und verweist auf die Kriege im Nahen Osten und die Ukraine-Krise. Ein Krieg mit China über Taiwan hält er für unwahrscheinlich, da die militärischen Hürden für China enorm seien und beide Seiten ein Interesse daran hätten, einen nuklearen Konflikt zu vermeiden.

Fazit: Eine kritische Reflexion

Mearsheimers Analysen fordern eine kritische Auseinandersetzung mit der US-Aussenpolitik und ihrer Unterstützung für Israel. Seine Behauptung, dass die USA Israel bedingungslos unterstützen, selbst wenn dies ihren eigenen Interessen schadet, wirft Fragen über die Macht von Interessengruppen wie der Israel-Lobby auf. Seine Beschreibung des Gaza-Konflikts als Völkermord ist eine starke Anklage, die auf historischen und aktuellen Beweisen basiert, aber auch kontroverse Diskussionen auslöst.

Die Ukraine-Krise zeigt nach Mearsheimer die Gefahren einer überambitionierten westlichen Politik, die die Sicherheitsbedenken anderer Grossmächte ignoriert. Seine Warnungen vor einer zunehmenden Illiberalität in Israel und den USA sowie die langfristigen Auswirkungen dieser Konflikte auf die globale Ordnung sind Mahnungen, die geopolitische Strategien kritisch zu überdenken.

In einer Zeit, in der die öffentliche Meinung, insbesondere unter jüngeren Generationen, zunehmend kritisch gegenüber Israel wird, sieht Mearsheimer eine wachsende Diskrepanz zwischen Politik und öffentlicher Wahrnehmung. «Die Lobby wird härter arbeiten müssen, um die Unterstützung für Israel aufrechtzuerhalten», sagt er, «aber die Unterstützung in der Bevölkerung nimmt ab.» Dies könnte langfristig zu einem Wandel in der US-Aussenpolitik führen – oder zu verstärkten Versuchen, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Mearsheimers Analysen sind ein Aufruf zur Reflexion über die moralischen und strategischen Kosten der aktuellen Politik und deren Folgen für die globale Stabilität.

Quelle: <https://uncutnews.ch/john-mearsheimer-die-palaestinensische-tragoedie-und-die-irrefuehrung-des-westens/>

Die Tage Selenskys scheinen gezählt – sein Nachfolger steht schon bereit

Von Redaktion, Juli 31, 2025



Armband mit Hakenkreuz-Glücksbringer halfen, um Walerij Saluschny zum Mann des Atlantiks zu machen | Quelle: Artwork UM

Der ukrainische Oberkommandant Walerij Saluschny wurde als Botschafter nach London versetzt, um ihn als Selenskys Nachfolger dort aufbauen zu lassen. Das MI6-Trainee-Programm machte sich bezahlt, weil inzwischen hat er es im neuen Gewande bis ins Vogue Magazin geschafft.

Die grosse Verwandlung: Vom Bandera-Verehrer zum neuen Führer des Empire im britischen Outfit, doch altem Ost-Drang.



Kleider machen Leute: Saluschny vor Bandera Büste (re) und nach der Verwandlung in London, fast schon, wie ein feiner Lord (li) | Foto: Vogue / Artwork UM

Vergessen sind die Tage, als Walerij Saluschny sein Dasein als ukrainischer Oberkommandant voll Stolz vor der Büste von Stepan Bandera in seinem Büro verbrachte, nachdem er es inzwischen mit britischer Hilfe, völlig neu gestylt, bis ins Vogue Magazin geschafft hat.

Der Artikel in Vogue zu Saluschny erschien unter der Rubrik «Leaders/Führer» als Beschreibung einer Mission, wie sie für «Persönlichkeiten, welche die Zukunft eines Landes prägen», typisch ist. Die Kolumne steht unter dem Titel: «10 Lektionen aus dem Krieg». Darin spricht der noch derzeitige ukrainische Botschafter in Moskau, Walerij Saluschny über seine Kindheit, seinen Militärdienst sowie persönliche Visionen. Saluschny legt zugleich als designierter Führer der Ukraine subtil Zeugnis über seinen bisherigen und künftigen Kampf ab. Er erwähnt, dass er aus der Region Schytomyr in der Westukraine stammt und in seiner Kindheit ausschliesslich Ukrainisch gesprochen hätte:

In dem bescheidenen Haus meines Grossvaters, in dem ich meine Kindheit verbrachte, erinnere ich mich an kein einziges russisches Buch, ausser an die Lehrbücher meiner Mutter über russische Literatur!

Er betont zudem, dass sich seine Verwandten, die in einer russischsprachigen Stadt lebten, dort wie Fremde gefühlt hätten. So schildert Walerij Saluschny Prägungen und Abneigungen, die stark an die grossen ukrainischen Vorbilder aus Deutschland von vor gut rund 100 Jahren erinnern, doch so grosse Gemeinsamkeiten unter den Nachkommen der kollektiven Extremisten von ihnen bis heute hervorgerufen!

Nachdem sich die Geschichte zu wiederholen scheint, hat sich zuletzt auch der russische Auslandsnachrichtendienst bezüglich der aktuellen atlantischen Personalpolitik sowie den aktuellen persönlichen Grabenkämpfen rund um die ukrainische Führung und ihren wahrscheinlichen neuen Führer, zu Wort gemeldet.

Die Presse-Aussendung des russischen Auslandsnachrichtendienstes [SVR] in deutscher Übersetzung:

In einem Alpenkurort fanden die «Wahlen» zum Präsidenten der Ukraine statt

Das Pressebüro des Auslandsnachrichtendienstes der Russischen Föderation [SVR] teilt mit, dass nach vorliegenden Informationen, vor kurzem in einem Alpenresort ein geheimes Treffen stattfand, zwischen:

- den Vertretern der USA und Grossbritanniens,
- mit Andriy Yermak, dem Leiter des Büros des ukrainischen Präsidenten,
- mit Kyrylo Budanow, dem Leiter der Hauptdirektion der Nachrichtendienste des ukrainischen Verteidigungsministeriums,
- mit Walerij Saluschny, dem vormaligen Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte und derzeitigen Botschafter der Ukraine in London.

Es wurden Perspektiven in Bezug auf die Ablöse von Wolodymyr Selensky als Chef des Kiewer Regimes erörtert:

Alle Teilnehmer des Treffens waren sich einig, dass diese Frage längst überfällig sei. Die Ablösung Selenskys sei im Wesentlichen die wichtigste Voraussetzung für:

- einen «Neustart» der Beziehungen Kiews gegenüber seinen westlichen Partnern, allen voran Washington!
- die Fortsetzung der westlichen Hilfe für die Ukraine im Konflikt mit Russland!

Die Amerikaner und Briten gaben ihre Entscheidung, Saluschny für das Amt des ukrainischen Präsidenten zu nominieren, bekannt. Yermak und Budanow liessen sich dazu verpflichten. Dabei sicherten sie sich Zusagen der Angelo-Amerikaner, wonach sie ihre derzeitigen Posten behalten und ihre Interessen bei anderen Personalentscheidungen entsprechend Berücksichtigung finden würden.

Die in den Alpen erzielte Vereinbarung wirft ein bezeichnendes Licht auf die Hintergründe des jüngsten skandalösen Versuchs des «Präsidenten», die Befugnisse der lokalen Antikorruptionsbehörden zu beschneiden. Doch, um Saluschny den Weg politisch frei zu machen, hat Yermak Selensky «auflaufen» lassen, indem er ihn davon überzeugen konnte, dass ein solcher Schritt die Beziehungen Kiews zu den westlichen Partnern nicht beeinträchtigen würde: Zugleich hat er dem Westen den Vorwand geliefert, eine Kampagne starten zu können, um den «überfälligen» Präsidenten als «Gefährder der Demokratie» nachfolgend absägen zu lassen.

Besagtes Treffen und die Ergebnisse werden Anlass geben, sich an die Bürger der Ukraine zu wenden. Das heisst im Alpenkurort wurden «Wahlen» zum neuen Präsidenten Ihres Landes [bereits] abgehalten:

Doch, man sollte sich die Frage stellen, ob die Ukrainer sich den Triumph ihrer Demokratie, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit in ihrem Land , von dem sie so lange geträumt hatten, in dieser Art vorgestellt hatten?

Die Pressestelle des SVR Russlands

29.07.2025

*** Übersetzung: UNSER-MITTELEUROPA

Quelle: <https://www.unser-mittleuropa.com/172986>



Quelle: Facebook



Am Rande des Dritten Weltkriegs: Jeffrey Sachs warnt vor globaler Eskalation

uncut-news.ch, Juli 31, 2025

In einer kürzlich geführten Diskussion mit Glenn Diesen warnt der renommierte Ökonom und Politikberater Professor Jeffrey Sachs vor einer eskalierenden globalen Krise, die die Welt an den Rand eines Dritten Weltkriegs bringen könnte. Die Kombination aus eskalierenden Kriegen, wirtschaftlichen Konflikten, sozialen Unruhen und einem Mangel an echter Diplomatie zeichne ein düsteres Bild. Sachs betont, dass die Welt in einer Phase fundamentaler Umwälzungen steht, die sowohl Chancen als auch enorme Gefahren birgt.

Eine Welt in Aufruhr

Sachs beschreibt die derzeitige Lage als äusserst gefährlich. Die Welt befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel: Technologische Fortschritte bieten Potenzial für positive Durchbrüche, und viele Länder, insbesondere in Asien, verbessern ihre Lebensstandards. Doch diese Fortschritte werden überschattet von der Verbreitung nuklearer Waffen, geopolitischen Spannungen und Klimakatastrophen. «Die Welt ist voller Störungen», sagt Sachs. Klimakatastrophen wie Überschwemmungen in Peking oder Waldbrände in Los Angeles verursachen immense Schäden und verdeutlichen die Dringlichkeit globaler Herausforderungen.

Gleichzeitig sieht Sachs eine Krise der politischen Führung im Westen. In den USA führt Präsident Donald Trump eine unberechenbare Politik ohne langfristige Perspektive, während Europa unter einer Führungsschwäche leidet. «Europa befindet sich im offenen politischen Kollaps», kritisiert Sachs und verweist auf die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die er als «Schande» bezeichnet. Besonders das jüngste Handelsabkommen zwischen der EU und den USA zeigt für ihn die Unterwerfung Europas unter amerikanische Interessen. «Europa hat alles aufgegeben, obwohl es mit 450 Millionen Menschen eine grössere Region als die USA ist», betont er.

Der Verlust europäischer Unabhängigkeit

Sachs sieht den Verlust der europäischen Unabhängigkeit als zentralen Faktor für die derzeitige Krise. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe Europa zunächst einen Weg des Friedens und der Zusammenarbeit eingeschlagen, etwa durch die Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Führende Politiker wie Willy Brandt plädierten für eine Kooperation mit dem Osten, um den Kalten Krieg zu überwinden. Doch seit dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008, als die NATO die Aufnahme der Ukraine und Georgiens beschloss, habe Europa seine Eigenständigkeit verloren. «Europa ist seitdem ein Vasall der USA», sagt Sachs. Deutsche Kanzler wie Angela Merkel und Olaf Scholz hätten sich den US-Interessen unterworfen, während Parteien wie die AfD, die Frieden fordern, als extremistisch diffamiert würden.

Die westliche Politik sei von einer «wahnhaften Russophobie» geprägt, die rationale Diskussionen verhindere. «Wenn man die NATO-Erweiterung oder das Scheitern der Minsker Abkommen anspricht, wird man als Putin-Apologet beschimpft», kritisiert Sachs. Diese Haltung habe Europa in eine Sackgasse geführt: Es sei wirtschaftlich von den USA abhängig, habe die Beziehungen zu Russland und China abgebrochen und stehe nun isoliert da.

Die Illusion der US-Hegemonie

Die Arroganz der US-Politik sei ein Haupttreiber der globalen Krise. Seit dem Ende der Sowjetunion 1991 glaubten die USA, als einzige Supermacht die Welt nach ihren Vorstellungen gestalten zu können. Die Neokonservativen, unterstützt von der CIA und anderen Akteuren des «tiefen Staates», hätten diese Vorstellung von einer unipolaren Weltordnung vorangetrieben. «Die USA sehen sich als Weltpolizist, der alles diktieren kann», sagt Sachs. Diese Haltung zeigt sich in Trumps Ultimaten, wie der Drohung mit Sanktionen gegen

Russland innerhalb von zehn Tagen oder seiner Forderung nach einem Waffenstillstand in der Ukraine, der keinen dauerhaften Frieden bringt.

Sachs kritisiert, dass Trump zwar privat die NATO-Erweiterung als Provokation anerkenne, dies aber nicht öffentlich ausspreche. «Ein echter Führer würde erklären, dass die NATO-Erweiterung ein Fehler war und die Ukraine neutral bleiben muss», sagt er. Stattdessen setze Trump auf Konfrontation, was die Gefahr eines direkten Konflikts mit Russland erhöhe. Ähnliches gelte für den Nahen Osten, wo die USA Israels Vorgehen in Gaza unterstützen. «Israel begeht einen Völkermord, und die USA sind mitschuldig», sagt Sachs. Er fordert ein sofortiges Ende der US-Waffenlieferungen an Israel und die Schaffung eines palästinensischen Staates.

Der Weg in den Krieg

Sachs teilt die Einschätzung von Steve Bannon und Papst Franziskus, dass die Welt bereits in einer Art Drittem Weltkrieg stecken könnte. «Die Gefahren sind unübersehbar», sagt er. Die neun nuklear bewaffneten Staaten, darunter die USA, Russland, China und andere, machten die Welt zu einem multipolaren Pulverfass. Ultimaten, wie sie Trump gegen Russland oder im Nahen Osten ausstosse, erinnerten an die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs, als die Forderungen des Habsburgerreichs an Serbien zur Eskalation führten. «Ultimaten sind der Weg in den Krieg», warnt Sachs.

Ein Plädoyer für Diplomatie

Um die Krise abzuwenden, fordert Sachs eine Rückkehr zur Diplomatie. «Grosse Mächte müssen einander respektieren und auf Augenhöhe verhandeln», sagt er. Europa müsse seine Unabhängigkeit zurückgewinnen und mit Russland und China sprechen, anstatt sich den USA zu unterwerfen. In der Ukraine brauche es eine Friedenslösung, die die Ursachen des Konflikts – wie die NATO-Erweiterung – angeht, statt nur einen Waffenstillstand. Im Nahen Osten müsse die internationale Gemeinschaft Israel zur Verantwortung ziehen und einen Zwei-Staaten-Lösung umsetzen.

«Die Welt steht an einem Scheideweg», sagt Sachs. Die derzeitige Arroganz und das Fehlen echter Diplomatie führten in eine gefährliche Richtung. Doch ein neuer multilateraler Ansatz, der auf gegenseitigem Respekt basiert, sei möglich. «Wir müssen eine neue Weltordnung schaffen, die Kooperation statt Konfrontation fördert», appelliert er.

Fazit

Jeffrey Sachs Analyse ist ein dringender Weckruf. Die Welt steht vor einer beispiellosen Krise, die durch die Arroganz westlicher Politik, insbesondere der USA, und die Unterwerfung Europas verschärft wird. Ohne einen Kurswechsel hin zu echter Diplomatie droht eine weitere Eskalation, die katastrophale Folgen haben könnte. «Die Doomsday Clock zeigt 89 Sekunden vor Mitternacht – näher am Abgrund waren wir nie», schliesst Sachs.

Quelle: <https://uncutnews.ch/am-rande-des-dritten-weltkriegs-jeffrey-sachs-warnt-vor-globaler-eskalation/>



Trump ein sein von den USA geführten NATO-Sekretär via Wikimedia

**Ablenkung durch Skandale – Während Epstein und Obama
die Schlagzeilen dominieren, schreitet die Agenda
im Hintergrund gnadenlos voran**

uncut-news.ch, Juli 31, 2025

Ein Land im Dauer-Skandalmodus – und keiner schaut mehr hin

Die USA sind im kollektiven Aufruhr. Die einen blicken gebannt auf die nie endende Schmutzspur um Jeffrey Epstein. Andere verfolgen die neuen Angriffe von Donald Trump auf seinen angeblichen Erzfeind Barack Obama, den er nun offen des Hochverrats bezichtigt.

Die Medien springen bereitwillig auf – Epstein und Obama liefern Quote. Was dabei untergeht: Während die öffentliche Aufmerksamkeit auf alten Skandalen klebt, setzt die US-Regierung eine stille Agenda um, die die geopolitische Eskalation vorantreibt, Milliarden an die Kriegsindustrie verteilt – und eine neue Ära der KI-gesteuerten Kontrolle vorbereitet.

Epstein-Akten? Plötzliches Schweigen in Trumps Lager

Noch vor kurzem versprach Donald Trump, die vollständigen Epstein-Dokumente zu veröffentlichen. Jetzt herrscht eisiges Schweigen. Kein Wunder: Laut dem Wall Street Journal taucht Trumps Name mehrfach in den Akten auf – das erfuhr er spätestens im Mai von Justizministerin Bondi.

Ein Regierungsbeamter stellte klar: Man bestreitet nicht, dass Trump in den Dokumenten auftaucht. Doch statt für Transparenz zu sorgen, wählt der Ex-Präsident die Flucht nach vorn – und lenkt mit neuen Attacken auf Obama ab.

Russagate, Hochverrat, Gefängnis – die Rhetorik wird schriller, je näher die Wahlen rücken. Doch die moralische Autorität, um «den Sumpf trocken zu legen», hat Trump längst verloren.

322 Millionen Dollar für den Krieg, den er beenden wollte

Der vielleicht grösste Verrat an der eigenen Rhetorik vollzog sich diese Woche im Schatten der Epstein-Schlagzeilen: **Trump's Aussenministerium genehmigte einen Waffenverkauf an die Ukraine im Wert von 322 Millionen US-Dollar.**

NEWS | July 23, 2025

Ukraine – Bradley Infantry Fighting Vehicles and Maintenance, Repair, and Overhaul Capability

Media/Public Contact: pm-cpa@state.gov
Transmittal No. 25-53

WASHINGTON, July 23, 2025 - The State Department has made a determination approving a possible Foreign Military Sale to the Government of Ukraine of **Bradley Infantry Fighting Vehicles and Maintenance, Repair, and Overhaul Capability and related equipment for an estimated cost of \$150 million.** The Defense Security Cooperation Agency delivered the required certification notifying Congress.

The Government of Ukraine has requested to buy equipment and services for the refurbishment of Bradley Infantry Fighting Vehicles, technical assistance, training, publications, and other related elements of logistics and program support. The estimated total cost is \$150 million.

This proposed sale will support the foreign policy goals and national security objectives of the United States by improving the ability of Ukraine to provide for its own defense.

NEWS | July 23, 2025

Ukraine – HAWK Phase III Missile System and Sustainment

Media/Public Contact: pm-cpa@state.gov
Transmittal No. 25-48

WASHINGTON, July 23, 2025 - The State Department has made a determination approving a possible Foreign Military Sale to the Government of Ukraine of **HAWK Phase III Missile System and Sustainment and related equipment for an estimated cost of \$172 million.** The Defense Security Cooperation Agency delivered the required certification notifying Congress.

The Government of Ukraine has requested to buy sustainment related articles and services for the HAWK missile system, including: five-ton cargo trucks; HAWK system spare parts; refurbishment and system overhaul of HAWK air defense fire units; tool kits; test equipment; support equipment; technical documentation; training; U.S. Government and contractor technical and field office support; U.S. Government and contractor technical assistance; storage containers and equipment related to spare parts storage; MIM-23 HAWK missile spare parts and missile repair; and other related elements of logistics and program support. The estimated total program cost is \$172 million.

This proposed sale will support the foreign policy goals and national security objectives of the United States by improving the ability of Ukraine to provide for its own defense.

Darin enthalten: HAWK-Flugabwehrraketen und gepanzerte Bradley-Fahrzeuge – also genau das militärische Material, das die Spirale des Konflikts weiter anheizt. Trump, der noch im Wahlkampf versprochen hatte, den Krieg «innerhalb von 24 Stunden» zu beenden, macht sich nun selbst zum Rüstungslieferanten. Der «America First»-Präsident? Entzaubert. Geopolitik schlägt Wahlversprechen, wenn das Establishment ruft.

Gleichzeitig: Der KI-Turbo für ein digitales Kontrollregime

Während die politische Öffentlichkeit über Epstein und Obama diskutiert, stellt das Weisse Haus einen umfassenden Aktionsplan für künstliche Intelligenz vor – über 90 Massnahmen, die die USA zum Weltmarktführer machen sollen.

Doch der Preis ist hoch: Der Plan sieht vor, öffentliche Gelder nur noch an Bundesstaaten zu vergeben, die keine «belastenden» KI-Regeln haben. Förderale Schranken, Datenschutzgrenzen, Vorsichtsprinzipien? Alles soll fallen – im Namen der technologischen Dominanz.

Was hier geplant wird, ist nicht bloss Innovationsförderung – es ist der Grundstein für ein algorithmisches Überwachungsregime, das sich staatlicher Kontrolle weitgehend entzieht. Eine künstliche Intelligenz ohne Regeln, dafür mit Milliardenzuschub.

Trump unterzeichnet Durchführungsverordnungen zum KI-Aktionsplan, um Vorschriften abzubauen und die weltweite Dominanz amerikanischer KI-Systeme voranzutreiben.



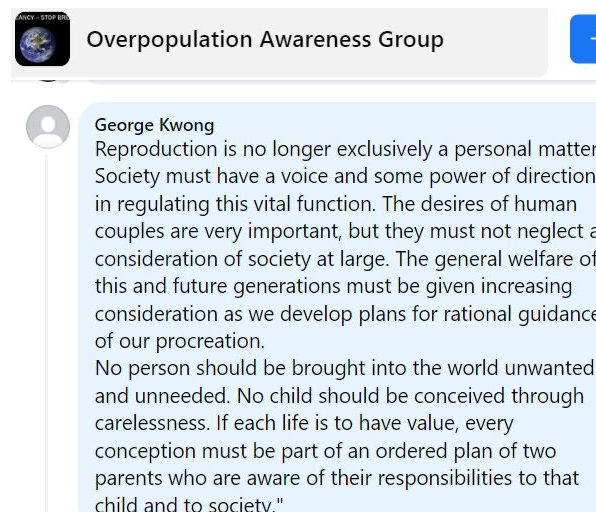
Fazit: Während das Publikum Skandaltheater schaut, wird im Hintergrund die Realität umgebaut
Epstein, Obama, Trump – sie lenken ab. Was wirklich zählt, geschieht abseits der Schlagzeilen:

- Eine neue Kriegseskalation in Osteuropa.
- Die Wiederbewaffnung des Westens.
- Der Durchmarsch der KI-Industrie ohne demokratische Kontrolle.

2025 ist das Jahr, in dem Ablenkung zur Regierungsstrategie geworden ist. Wer sich nur auf das Drama konzentriert, verpasst den Staatsumbau im Hintergrund. Und wer glaubt, dass ein Name in Akten die Wahrheit ans Licht bringt, verkennet die Tiefe der Agenda, die längst auf ganz anderen Ebenen läuft.

Quelle: <https://uncutnews.ch/ablenkung-durch-skandale-waehrend-epstein-und-obama-die-schlagzeilen-dominieren-schreitet-die-agenda-im-hintergrund-gnadenlos-voran/>

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis

haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment

Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskennntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunesymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symboles umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.

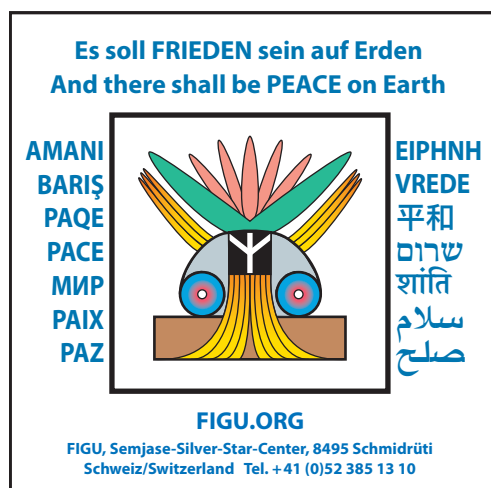
Das falsche Symbol, die Todesrune,  schafft Unfrieden, Hass und Unheil

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2025

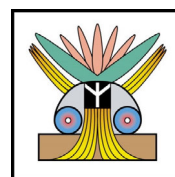
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz